



BDI-Mittelstandspanel

Ergebnisse der Online-Mittelstandsbefragung
Herbst 2009

Untersuchung im Auftrag von:

Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)

Breite Straße 29
10178 Berlin
www.bdi.eu

Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Friedrichstraße 140
10117 Berlin
www.de.ey.com

IKB Deutsche Industriebank AG

Wilhelm-Bötzkes-Straße 1
40474 Düsseldorf
www.ikb.de

Wissenschaftliche Bearbeitung:

Institut für Mittelstandsforschung Bonn

Maximilianstraße 20
53111 Bonn

Projektdurchführung:
Marina Hoffmann, Gunter Kayser,
Frank Wallau

Technische Durchführung:

TNS Emnid
Stieghorster Straße 90
33605 Bielefeld

Projektdurchführung:
Oliver Krieg, Jörg Erren

Das Werk einschließlich aller seiner
Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Inhalt

Das Anliegen	4
Die Ergebnisse der 10. Erhebungswelle	5
1 Wirtschaftspolitische Einschätzung	6
1.1 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen: verhaltene Zuversicht im industriellen Mittelstand	7
1.2 Haushaltskonsolidierung - staatliche Handlungs- fähigkeit sichern	10
2 Wirtschaftliche Lage und Entwicklungen in der Krise	12
2.1 Wirtschaftslage - Seitwärtsbewegung lässt Hoffnung aufkommen	13
2.2 Produktion und Umsatz der mittelständischen Industrie - Ergebnisse und Perspektiven	14
2.3 Beschäftigung im industriellen Mittelstand - Dynamik in der Krise	17
3 Unternehmensführung zwischen Krise und Aufschwung	20
3.1 Herausforderungen im Lichte der Umsatzentwicklung	21
3.2 Finanzierung - Strategien und Herausforderungen für die Industrie	24
3.3 Gestärkt aus der Krise?	27
Anhang	31

Das Anliegen

Der rasante, bisher in diesen Dimensionen unbekannt konjunkturelle Abschwung der letzten Monate, ausgelöst durch eine weltumspannende Krise der Finanzmärkte, hat dem Anschein nach sein vorläufiges Ende erreicht. Mit Blick auf die Konjunkturfrühindikatoren, die eine Bodenbildung und Hinweise auf eine leichte wirtschaftliche Erholung zeigen, ist „Wachstum“ das Wort der Stunde. Daher gilt es - für Politik und Wirtschaft gleichermaßen -, eine Bestandsanalyse durchzuführen und die Weichen vom Krisenmanagement in Richtung Aufschwung und Wachstum neu zu stellen. Zur Bewältigung dieser komplexen und verantwortungsvollen Aufgabe sind aktuelle Informationen über den Zustand und die Anliegen der Unternehmen, vor allem wenn sie die Vorbereitungen auf ein erneutes Anspringen der Konjunktur betreffen, unverzichtbar. Nur mithilfe gesicherter Daten aus erster Hand lässt sich die Verpflichtung, speziell den Mittelstand betriebswirtschaftlich und politisch hinreichend zu unterstützen, wahrnehmen.

Im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. (BDI), der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie der IKB Deutsche Industriebank AG hat das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn unter Mitwirkung von TNS Emnid eine Online-Erhebung entwickelt. In der Öffentlichkeit als das BDI-Mittelstandspanel bezeichnet, liefert die in halbjährlichem Turnus stattfindende Befragung deutscher Industrieunternehmen im nunmehr fünften Jahr aktuelle und gesicherte Informationen über die zum jeweiligen Erhebungszeitpunkt speziell für den industriellen Mittelstand relevanten betriebswirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen

Fragestellungen. Hierzu gehören die Entwicklung wichtiger betrieblicher Kennzahlen, die Marktaktivitäten und -bedingungen oder Strategien zur Erfüllung der unternehmerischen Kernaufgaben. Darüber hinaus liefert das **BDI-Mittelstandspanel** auch einen Maßstab zur Beurteilung des Zustands und der Entwicklung der ökonomisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Auf diese Weise entsteht eine verlässliche empirische Basis, die Unternehmen und Umfeldakteuren Entscheidungshilfe bietet. Die Daten werden online unter www.bdi-panel.emnid.de erhoben; dort sind ebenfalls die Ergebnisse aller bisherigen Erhebungswellen dokumentiert.

Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse der zehnten Befragungswelle des BDI-Mittelstandspanels zusammen. Ein Schwerpunkt der Herbstbefragung 2009 lag auf den wirtschaftspolitischen Forderungen des industriellen Mittelstands für die kommende Legislaturperiode unter Berücksichtigung der angespannten Lage der Staatsfinanzen. Zudem wurden neben der obligatorischen Einschätzung der Wirtschaftslage die derzeitigen Herausforderungen an die Unternehmensführung sowie die Frage thematisiert, wer den Unternehmen bei der Suche nach den richtigen Antworten bei der Krisenbewältigung beratend zur Seite steht. Weitere Kernthemen sind und bleiben die Finanzierungssituation der Unternehmen sowie mögliche Anpassungen in der Finanzierungsstrategie als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Zwischen dem 1. September und dem 30. November 2009 beteiligten sich knapp 1.500 Unternehmen an der Erhebung. Allen Teilnehmern danken wir recht herzlich für ihre Unterstützung.

A black and white photograph taken from a low angle, looking up at several tall flagpoles. The flagpoles are dark and extend from the bottom left towards the top right. At the top of each pole, a flag is flying, catching the wind. The flags are various designs, including the NATO flag (a circle of twelve stars) and other national or organizational flags. The background is a clear, light sky. In the bottom right corner, a modern building with a curved facade and a grid of windows is visible. The building has the word "NATO" written on its side. The overall composition is dynamic and emphasizes height and movement.

Die Ergebnisse
der 10. Erhebungswelle

1 Wirtschaftspolitische Einschätzung

Die Talfahrt, die Anfang 2008 bei der Beurteilung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen eingesetzt hatte, scheint auf niedrigem Niveau gestoppt. Um die derzeit abwartende Haltung der Industrie in einen positiven Trend zu wenden, gilt es, den Worten der Bundesregierung nun auch Taten folgen zu lassen. Der Abbau von Bürokratie steht dabei unverändert auf dem ersten Rang der empfohlenen Regierungsagenda. Es folgen die Absenkung der Lohnzusatzkosten, die Stärkung von Bildung und Ausbildung und eine Reform der Einkommensteuer. Die Unternehmensfinanzierung bleibt ebenso wie die Haushaltskonsolidierung ein wichtiges Thema. Mit ihrem Plädoyer zum Subventionsabbau bekennt sich die mittelständische Industrie einmal mehr zum Prinzip der Eigenverantwortlichkeit, das sie auch als Weg zur Reform der sozialen Sicherungssysteme empfiehlt.

Konjunktur im Herbst 2009: Bodenbildung erreicht, Aufschwung zögert noch

Der schwerwiegende Einbruch, den die Weltwirtschaft als Konsequenz der weltumspannenden Finanzmarkturbulenzen seit Mitte des Jahres 2008 hinnehmen musste, ist zum Stillstand gekommen. Das weltweite Eingreifen von Regierungen und Notenbanken konnte die Geschwindigkeit des konjunkturellen Absturzes begrenzen und das Eintreten der schlimmsten Negativprognosen verhindern. Dennoch ergibt sich nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds für das Krisenjahr 2009 erstmalig ein Schrumpfen des realen Welt-Bruttoinlandsprodukts seit 60 Jahren (-1,1 %). Wenngleich für das Jahr 2010 wieder positive Wachstumsraten erwartet werden, ist eine Rückkehr zu der Dynamik vor der Krise auf absehbare Zeit nicht in Sicht.

In Übereinstimmung mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung hatte auch die deutsche Volkswirtschaft einen deutlichen Einbruch zu

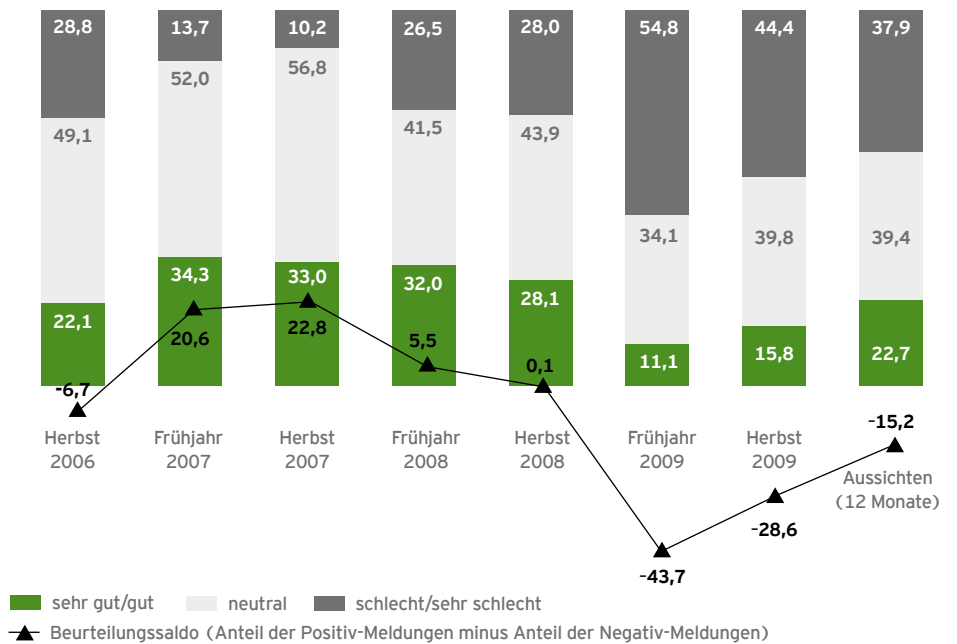
verzeichnen. Maßgeblicher Einfluss auf diese Abwärtsentwicklung ging von den Außenhandelsaktivitäten der deutschen Unternehmen aus, die aber auch den Aufschwung der vorangegangenen Jahre getragen hatten. Im Ergebnis schrumpfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Laufe der Finanz- und Wirtschaftskrise vier Quartale in Folge. Seit dem zweiten Quartal 2009 ist nun wieder ein leichtes Wachstum zu verzeichnen und somit technisch das Ende der Rezession eingeläutet. In der Jahresbetrachtung 2009 wird es jedoch zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung von etwa 5 % kommen. Der Rückgang ist damit deutlich, wenngleich weniger ausgeprägt, als noch zu Anfang des Jahres prognostiziert.

Die Voraussagen für das Jahr 2010 sind nach wie vor mit großen Unsicherheiten belastet. Der bisher erfreulicherweise weniger erwartet von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffene Arbeitsmarkt wird im Laufe

des Jahres 2010 jedoch stärker nachgeben. Der damit verbundene Rückgang der verfügbaren Einkommen wird den bislang stabil gebliebenen privaten Konsum schwächen und das Wachstum im Jahr 2010 negativ beeinflussen. Leichte Wachstumsimpulse werden hingegen aus der Exportwirtschaft erwartet. In der Gesamtschau liegen die Prognosen für das kommende Jahr bei einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts zwischen 1,0 und 1,5 %. Damit wird die Gesamtproduktion im kommenden Jahr nicht über den Stand von 2006 hinausgehen.

Als Fazit bleibt festzuhalten: Die Bodenbildung ist erreicht und ein bescheidenes Maß an Zuversicht vertretbar. Von einer nachhaltigen, deutlichen Aufwärtsentwicklung kann derzeit aber noch nicht gesprochen werden. Der Aufschwung lässt zwar noch auf sich warten, ein Rückfall in die Rezession ist nach Expertenmeinung aber unwahrscheinlich.

Abbildung 1
Einschätzung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen
im Zeitverlauf



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.449

© IfM Bonn 2009

1.1 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen: verhaltene Zuversicht im industriellen Mittelstand

Die wirtschafts- und vor allem auch die finanzpolitischen Gestaltungsspielräume der vergangenen zwölf Monate wurden von zwei zentralen Vorgaben beherrscht: der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Bundestagswahl. Als Folge bestand, aus unterschiedlichen Gründen, nur wenig Spielraum für Reformen. So galt es zunächst, Pakete zur Stabilisierung der Konjunktur zu schnüren und die beschlossenen Budgets so bald wie möglich stabilitäts- und wachstumswirksam auszugeben. Auf der Strecke blieben strukturelle Reformen. Die neu gewählte Bundesregierung steht somit vor den wohl größten Herausforderungen seit der Wiedervereinigung.

Die Herbstbefragung des BDI-Mittelstandspanels gab den Unternehmen des industriellen Mittelstands Gelegenheit, die aktuellen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu beurteilen und ihre Erwartungen für die ersten zwölf Monate unter Leitung der

neuen Bundesregierung zu äußern. Zudem bestand die Möglichkeit, die Präferenzen für das Aufgabenpaket der neuen Regierungskoalition anzugeben. Vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage des Staatshaushalts zeigen sich eindeutige finanzpolitische Ergebnisse.

Wirtschaftspolitische Verfassung mit leichtem Aufwind

Die Beurteilung der aktuellen und zukünftigen Rahmenbedingungen ist von jeher ein zentraler Punkt im Fragenkatalog des BDI-Mittelstandspanels, und erst recht im Wahljahr 2009. In der diesjährigen Frühjahrsbefragung hatten die Teilnehmer aufgrund des anstehenden Bundestagswahlkampfes, insbesondere aber wegen der zu meistern den Herausforderungen bei der Krisenbewältigung wirtschaftspolitischen Stillstand erwartet. Folglich verteilten die Unternehmen schlechte Noten für die Rahmenbedingungen, und auch die Erwartungen für die Zeit nach der Wahl waren pessimistisch. Nach den Ergebnissen der vorliegenden Herbstbefragung kam es aus Sicht der Industrie nicht ganz so schlimm wie erwartet: Der Anteil der guten Bewertungen ist um fast fünf Punkte auf 15,8 % gestiegen; die schlechten Urteile haben sogar um etwa zehn Punkte auf

44,4 % abgenommen. Entsprechend kletterte der Saldo aus Positiv- und Negativ-Meldungen von -43,7 im Frühjahr auf aktuell -28,6 Punkte, bleibt aber weiterhin deutlich im negativen Bereich (vgl. Abbildung 1).

Keine Vorschusslorbeeren für die neue Bundesregierung

Die Aussichten für die kommenden zwölf Monate, d. h. bis zum Herbst 2010, setzen den Trend fort. Der Beurteilungssaldo verbessert sich um gute 13 Punkte, bleibt aber im negativen Bereich (-15,2). Dabei ist sowohl ein Rückgang der Negativ-Erwartungen als auch eine Zunahme der Positiv-Erwartungen zu verzeichnen. Die deutsche Industrie zeigt sich also im Hinblick auf die Rahmenbedingungen wieder optimistischer. Vorschusslorbeeren - hierin sind sich die Unternehmen aller Größenklassen einig - werden der neuen Bundesregierung aber nur in Maßen zuteil. So fällt die durchschnittliche Erwartung der Unternehmen, die sich nach der Bundestagswahl an der Befragung beteiligten, zwar deutlich positiver aus, insgesamt überwiegen aber immer noch die Negativ-Voten. Das Ende des wahlkampfbedingten Reformstillstands wird somit von der mittelständischen Industrie durchaus positiv bewertet; inwieweit die für Wachstum

und Beschäftigung notwendigen Reformen nun tatsächlich eingeleitet werden, wird sich allerdings noch zeigen müssen.

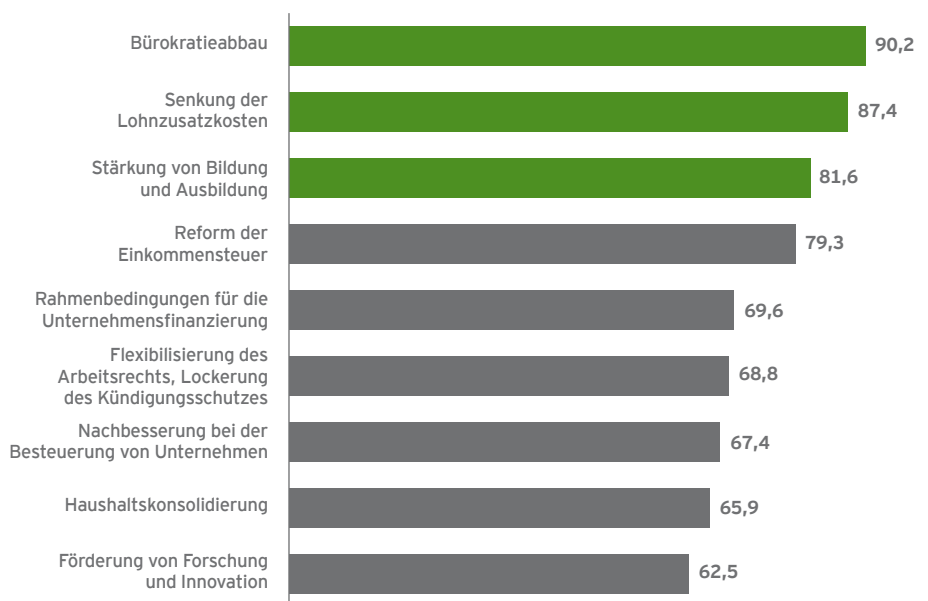
Wie in den vergangenen Herbstbefragungen bot das BDI-Mittelstandspanel den Unternehmen auch in diesem Jahr die Gelegenheit, wirtschaftspolitische Empfehlungen zu äußern. Eindeutig zeigt ein Vergleich der Aussagen über die letzten Jahre, dass es der Politik bisher nicht in spürbarem Maße gelungen ist, die Problemfelder anzugehen, finden sich doch auf den ersten drei Rängen kontinuierlich die gleichen Themen.

Handlungsfeld Nr. 1: Bürokratiebelastung wird weiterhin als hoch empfunden

Als eines der schwerwiegendsten Hemmnisse empfinden die Unternehmen seit jeher die bürokratischen Belastungen. Auch im Herbst 2009 ist immer noch für neun von zehn Unternehmen dieses Handlungsfeld zentral (vgl. Abbildung 2). Bis 2011 hatte sich die letzte Bundesregierung das Ziel gesetzt, 25 % der jährlich auf rund 47 Mrd. Euro bezifferten Bürokratiekosten abzubauen. Im Juli 2009 resümierte die Regierung, dass jährliche Entlastungen für Unternehmen von über 7 Mrd. Euro auf den Weg gebracht seien. Bei den Unternehmen angekommen sind sie bislang anscheinend jedoch nicht. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung versteht den Bürokratieabbau nun als „Wachstumsprogramm zum Nulltarif“. So sollen alle Bundesministerien bis Mitte 2010 verbindliche Umsetzungspläne für eine weitere Reduktion der Informationspflichten der Wirtschaft vorlegen. Um das Ziel einer dauerhaften Entlastung zu erreichen, die nicht nur den Unternehmen, sondern auch den öffentlichen Haushalten zugutekommt, ist es jedoch ratsam, den Abbau von Bürokratie nicht nur auf Informationspflichten zu beschränken.

Abbildung 2

Wichtige politische Handlungsfelder der nächsten Legislaturperiode aus Sicht der Industrie



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.453

Anteil der Unternehmen, die das Handlungsfeld mit wichtig bis eher wichtig bewerten

© IfM Bonn 2009

Handlungsfeld Nr. 2: Lohnzusatzkosten sind Wachstumsbremse

Im Rahmen der Frühjahrsbefragung des BDI-Mittelstandspanels hatte sich die Industrie zu über 90 %, d. h. fast einstimmig zur sozialen Marktwirtschaft bekannt. Dieses Bekenntnis kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die sozialen Sicherungssysteme, die ein wichtiges Element der sozialen Marktwirtschaft bilden, durchaus auch eine Belastung für Wachstum und Beschäftigung darstellen können. Daher halten rund 87 % der Unternehmen eine Absenkung der Lohnzusatzkosten für ein wichtiges Thema

der nächsten Legislaturperiode - es ist und bleibt ein Dauerthema für die Unternehmen. Unter Berücksichtigung der notwendigen Anpassungen an die demografische Entwicklung wird die Kopplung der Sozialversicherungsbeiträge an die Lohneinkommen mehr und mehr zu einer massiven Belastung des Faktors Arbeit führen.

Handlungsfeld Nr. 3: Stärkung der Aus- und Weiterbildung realisieren

Unabhängig von ihrer Größe und Branche wird von gut 80 % der mittelständischen Industrieunternehmen das Thema Bildung

und Ausbildung als wichtiges Handlungsfeld für die kommende Legislaturperiode gesehen. Damit rangiert dieses Themenfeld unverändert auf dem dritten Platz. Nach aktuellen Angaben der OECD summieren sich die öffentlichen Ausgaben für das deutsche Bildungssystem im Jahr 2006 auf 4,1 % des Bruttoinlandsprodukts. Ergänzt um weitere 0,7 % privater Bildungsausgaben liegt Deutschland damit auf Platz 24 von 28 untersuchten Ländern. Die Eckpunkte der Bildungs- und Qualifizierungsoffensive, die Bund und Länder im Oktober 2008 beschlossen haben, gilt es daher zügig umzusetzen. Die von der schwarz-gelben Koalition beschlossenen Mehrausgaben von 3 Mrd. Euro pro Jahr sind vor diesem Hintergrund ein wichtiger und richtiger Schritt.

Mittelstand durch Reform der Einkommensteuer entlasten

Die Reform der Einkommensteuer nimmt genau wie in der Herbstbefragung 2008 auch ein Jahr später noch den vierten Rang auf der Prioritätenliste politischer Entscheidungsfelder ein. Der Abstand zu den ersten drei Rängen hat sich jedoch deutlich verkürzt. Da viele mittelständische Unternehmen aufgrund ihrer Rechtsform der Einkommensbesteuerung unterliegen, werden die hohen Steuersätze schon auf mittlere Einkommen in zunehmendem Maße als große Belastung empfunden. Daher ist der Anteil der Befürworter einer Reform bei kleiner und mittlerer Unternehmensgröße und bei den Familienunternehmen besonders hoch.

Die Unternehmensbesteuerung wurde bereits im Jahr 2008 reformiert. Die vergangenen Monate zeigten allerdings die krisenverschärfenden Elemente der Reform. So führen einige Gesetzesänderungen, wie die Zinsschranke, der sogenannte Mantelkauf oder gewerbsteuerliche Hinzurechnungen,

zu einer Besteuerung der Unternehmenssubstanz. Im Rahmen des Bürgerentlastungsgesetzes wurden die beiden erstgenannten Elemente bereits für die Wirtschaftsjahre 2008 und 2009 abgeändert. Dabei gilt: Was in der Krise die Gefährdung der Unternehmen reduziert, ist auch nach der Krise wünschenswert; daher fordern gut zwei Drittel der befragten Unternehmen weitere Nachbesserungen bei der Unternehmensbesteuerung.

Unternehmensfinanzierung durch Reform der Finanzmärkte sichern

Der Sicherung der Unternehmensfinanzierung wird in der öffentlichen Diskussion eine herausragende Bedeutung beigemessen. Auf der Prioritätenliste der mittelständischen Industrie für die kommende Legislaturperiode rangiert sie jedoch nur im Mittelfeld. Allen Befürchtungen zum Trotz ist es bisher offenbar nicht flächendeckend zu Problemen in der Unternehmensfinanzierung gekommen, und aus Sicht der Unternehmen ist auch keine grundsätzliche Zuspitzung zu erwarten (siehe auch Kapitel 3.2). Trotzdem darf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Finanzsektors, insbesondere für einen möglichen Aufschwung, auch nicht unterschätzt werden. Die Einschränkung des Kreditspielraums könnte zu einem Wachstumshemmnis werden. Deshalb gehört die nachhaltige Bekämpfung der strukturellen Probleme im Bankensektor auf die Agenda von Politik und Finanzwirtschaft. Dazu gehören eine Wiederbelebung des Verbriefungsmarktes, die Rückkehr des Vertrauens im Interbankenhandel sowie die Stärkung der Eigenkapitalbasis der Banken.

Flexibilität am Arbeitsplatz - lohnend für beide Seiten

Beständig im Mittelfeld der wirtschaftspolitischen Prioritätenliste hält sich die Forderung

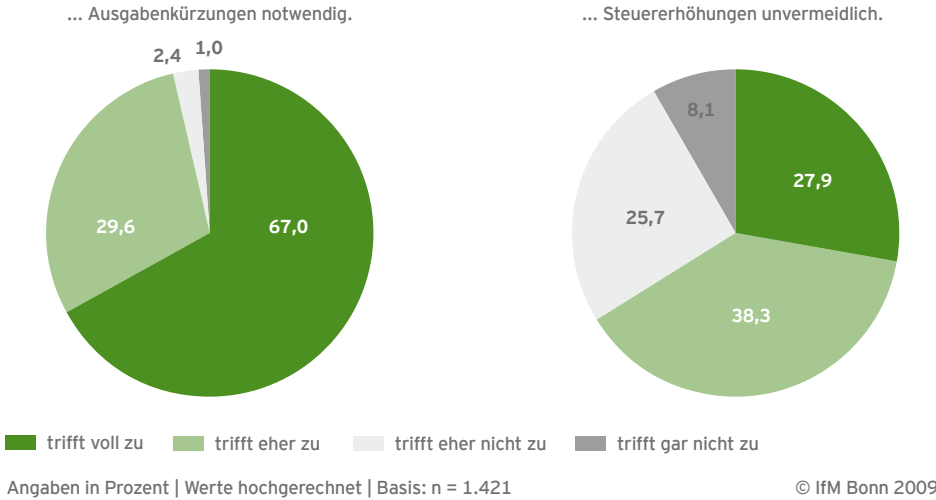
nach einer Flexibilisierung des Arbeitsrechts bzw. einer Lockerung des Kündigungsschutzes. Fast sieben von zehn Unternehmen wünschen sich hier in den nächsten vier Jahren eine Änderung. Wie das Verhalten der Unternehmen während der Wirtschafts- und Finanzkrise bisher gezeigt hat, geht es dabei nicht um das Entstehen einer Hire-and-fire-Mentalität, haben doch die Unternehmen der schwierigen Lage zum Trotz bislang auf Entlassungen im großen Stil verzichtet. Vielmehr wünschen sich die Unternehmen gerade in Zeiten des aufkeimenden Aufschwungs größere Flexibilität, um die Risiken bei Neueinstellungen zu begrenzen.

Innovationen - öffentliche Förderung erleichtert den Einstieg

Die deutschen Industrieunternehmen sind nicht nur der Export-, sondern auch der Innovationsmotor der deutschen Wirtschaft. Aber so wie nicht jedes Unternehmen auf Auslandsmärkten aktiv ist, sind auch die Innovationsanstrengungen - abhängig von Branche, Größe und Produktportfolio - unterschiedlich ausgeprägt. Dass dennoch über 60 % der Unternehmen die Förderung von Forschung und Innovation als ein bedeutendes wirtschaftspolitisches Handlungsfeld betrachten, ist daher besonders beachtlich. Die Erforschung und Entwicklung von neuen Produkten oder Prozessen ist mit hohen Anfangskosten verbunden, denen zunächst keine oder nur geringe Einnahmen gegenüberstehen. Daher kann die öffentliche Unterstützung, sei es steuerlich oder als Projekt- bzw. Kooperationsförderung, die notwendige Mittelzufuhr gewährleisten.

Abbildung 3
Staatsverschuldung in Deutschland: Notwendigkeit von Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen aus Sicht der Industrie

Die Staatsverschuldung soll im Verlauf der Wirtschafts- und Finanzkrise auf zwei Billionen Euro ansteigen. Vor diesem Hintergrund sind ...



1.2 Haushaltskonsolidierung - staatliche Handlungsfähigkeit sichern

Handlungsfähig zeigte sich die Große Koalition, als es im Winterhalbjahr 2008/2009 darum ging, die Rezession durch staatliche Konjunkturprogramme zu stützen. Daher äußerten sich die mittelständischen Industrieunternehmen in der diesjährigen Frühjahrsbefragung des BDI-Mittelstandspanels durchaus lobend über die Arbeit der Bundesregierung - bei aller Kritik an Einzelmaßnahmen der beiden Konjunkturpakete. Dem Stichwort „Handlungsfähigkeit“ wird aber gerade wegen der rezessionsbedingt weit geöffneten Staatskassen in Zukunft eine besondere Bedeutung zukommen. Schließlich geht die Bundesregierung davon aus, dass der Schuldenstand in Deutschland bis zum Jahr 2011 auf fast 80 % des Bruttoinlandsprodukts ansteigen wird.

Vor diesem Hintergrund erachten zwei Drittel der mittelständischen Industrieunternehmen die Haushaltskonsolidierung als eines der

zentralen Themen der nächsten Legislaturperiode. Welcher Weg aus Sicht der Unternehmen zur Konsolidierung der Staatskassen beschritten werden sollte, thematisierte das BDI-Mittelstandspanel im Herbst 2009 - mit einem deutlichen Ergebnis.

Kürzung der Staatsausgaben ist oberstes Gebot

Bei der Sanierung des Staatshaushalts führt aus Sicht der Unternehmen - und darin sind sich mit über 96 % fast alle Befragten einig - kein Weg an einer Kürzung der Ausgaben vorbei (vgl. Abbildung 3). Reformen auf der Ausgabenseite reichen aus Sicht der mittelständischen Industrie jedoch nicht aus, um die krisenbedingte Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen. Auch wenn Steuererhöhungen politisch nicht besonders beliebt und wachstumspolitisch fragwürdig sind, halten sie zwei Drittel der befragten Unternehmen aufgrund der finanziellen Schiefelage für unvermeidbar. Die Unternehmensgröße, die Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland sowie die Familien- oder Managementführung machen bei dieser Einschätzung keinen Unterschied.

Subventionen - klare Ablehnung in der deutschen Industrie

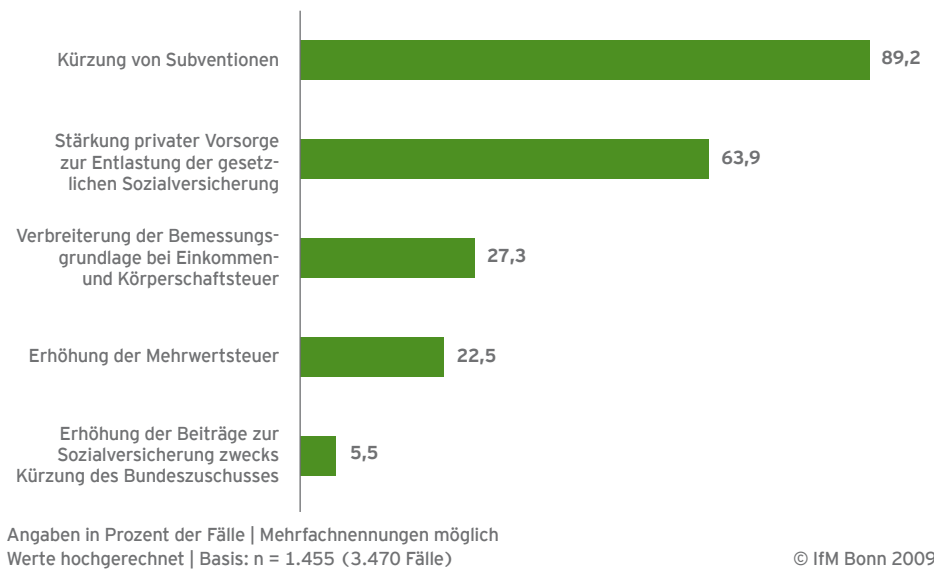
Konkret nach Maßnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts befragt, spricht die deutsche Industrie aus, was zu den Grundregeln der sozialen Marktwirtschaft gehört: Aus der Sicht von knapp neun von zehn Unternehmen sollten zuallererst Subventionen dem Rotstift der neuen Regierung zum Opfer fallen (vgl. Abbildung 4). Die ablehnende Haltung gegenüber allokationsverzerrenden Finanzhilfen war bereits in der Frühjahrsbefragung erkennbar. Zahlreiche Unternehmen hatten sich explizit gegen eine Marktbeeinflussung durch Subventionierung ausgesprochen.

Soziale Sicherungssysteme demografie-fest machen

Dass Handlungsbedarf hinsichtlich der Zukunfts- und Demografiefestigkeit der sozialen Sicherungssysteme besteht, ist mittlerweile mehr oder weniger gesellschaftlicher Konsens. Um den Anstieg der Ausgaben zu bewältigen, müssen die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geleisteten Abgaben zu den Sozialversicherungen in steigendem

Abbildung 4

Maßnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts aus Sicht der Industrie



Umfang durch Bundeszuschüsse ergänzt werden. So wird der Gesundheitsfonds im Jahr 2009 mit 7,2 Mrd. Euro und im nächsten Jahr mit 11,8 Mrd. Euro bezuschusst. Die Zuschüsse zur Rentenversicherung machen etwa 28 % des gesamten Bundeshaushalts aus - der mit Abstand größte Ausgabenblock.

Um die Sozialversicherungssysteme zu entlasten und damit die Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte nicht weiter zu strapazieren, sprechen sich 64 % der Unternehmen für eine Stärkung der privaten Vorsorge aus. Hingegen findet eine Reduzierung des Bundeszuschusses aus Steuermitteln, finanziert durch Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge, nur die Zustimmung von jedem 20. Unternehmen. Eine höhere Belastung des Faktors Arbeit lehnen die Unternehmen zugunsten der Sicherung und Schaffung von Beschäftigung ab. Eine Möglichkeit zur Stärkung der Einnahmenseite des Bundeshaushalts sehen 27 % der Unternehmen in einer Ausweitung der steuerlichen Bemessungsgrundlage bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die damit

verbundene Beseitigung von Sondervorschriften sowie Sorge zudem für mehr Übersicht bei den Steuerzahlern und Einsparungen in der Finanzverwaltung.

Auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wird zur Sanierung der Staatskassen häufig ins Spiel gebracht. Sie gilt unter Wachstumsaspekten oft als die am wenigsten problematische Option, da weder die Ersparnis, die Investitionstätigkeit noch die Arbeitskosten oder die internationale Wettbewerbsfähigkeit stark beeinträchtigt würden. Zustimmung zu einer weiteren Erhöhung, wie sie auch nach der Bundestagswahl im Jahr 2005 durchgesetzt wurde, drücken jedoch nur rund 22 % der Unternehmen des BDI-Mittelstandspanels aus.

Industrie fordert Politik des Realismus und der Verlässlichkeit

Eine verbindliche Regel zur Begrenzung der öffentlichen Schulden wurde im Sommer 2009 in das Grundgesetz aufgenommen. Danach darf der Bundeshaushalt ab dem Jahr 2016 maximal ein Budgetdefizit von 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts

aufweisen. Den Länderhaushalten bietet sich ab 2020 - unter konjunkturell normalen Bedingungen - sogar keinerlei Möglichkeit zur Neuverschuldung mehr. Um die Handlungsfähigkeit des Staates, auch vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit, auf eine tragfähige Basis zu stellen, gilt es, die Anstrengungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nach dem Einsetzen der wirtschaftlichen Erholung wieder verstärkt in den Fokus zu rücken. Die Ergebnisse des BDI-Mittelstandspanels zeigen, dass die mittelständischen Industrieunternehmen eine Politik des Realismus und der Verlässlichkeit bevorzugen, eine Politik, die vorhandene Einsparpotenziale nutzt und darüber hinaus notwendige Kürzungen der Ausgaben realisiert. Wenn nötig, darf aber auch vor unbequemen Lösungen wie Steuererhöhungen nicht haltgemacht werden.

2 Wirtschaftliche Lage und Entwicklungen in der Krise

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation hat sich in der Industrie nach dem Einbruch im Frühjahr nur wenig geändert. Die ersten positiven Nachfragesignale aus dem Ausland stimmen die exportorientierten Unternehmen jedoch zuversichtlicher. Die deutlich positiveren Erwartungen für die nächsten zwölf Monate hellen daher das Gesamtbild auf. Dass Krise aber nicht in jedem Fall mit Gewinneinbrüchen und Schrumpfung gleichzusetzen ist, belegt die aktuelle Untersuchung. Trotz der negativen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gibt es noch immer Unternehmen, die von der Krise nicht oder nur in geringem Ausmaß betroffen sind. Allerdings mussten zwei von drei Unternehmen in der ersten Jahreshälfte 2009 zum Teil dramatische Umsatzrückgänge verkraften, die bisher zum Glück nur in relativ geringem Ausmaß auf den Arbeitsmarkt durchschlugen.



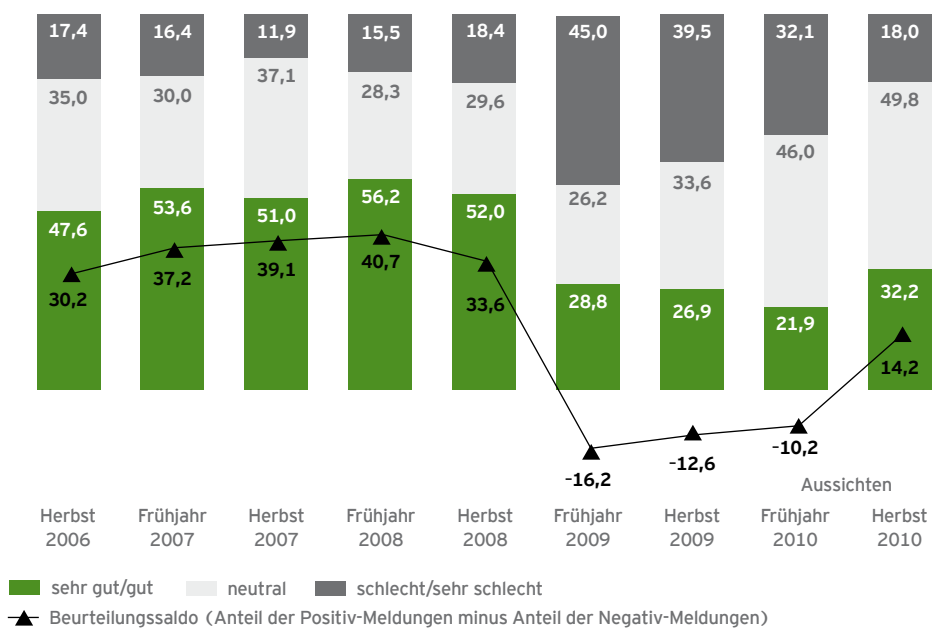
2.1 Wirtschaftslage - Seitwärtsbewegung lässt Hoffnung aufkommen

Auf dem Höhepunkt des Abschwungs im Frühjahr 2009 erreichte die Beurteilung der eigenen Wirtschaftslage, die regelmäßig im BDI-Mittelstandspanel erfasst wird, ihren bisherigen Tiefpunkt. Frei nach dem Motto „Keine schlechten Nachrichten sind gute Nachrichten“ hat sich die Lage im industriellen Mittelstand zwischenzeitlich etwas entspannt. Der Anteil der schlechten Lageeinschätzungen ist um 5,5 Punkte zugunsten einer mittleren Bewertung zurückgegangen, allerdings nahmen auch die guten Bewertungen um zwei Punkte ab (vgl. Abbildung 5). Der Beurteilungssaldo als Differenz zwischen Positiv- und Negativ-Meldungen verbessert sich dementsprechend auf -12,6 Punkte. Damit liegt der Saldo über den Erwartungen, die die Unternehmen auf dem Tiefpunkt des Abschwungs im Frühjahr geäußert hatten (-20 Punkte).

Kleiner Mittelstand im Sog der Krise

Der im Frühjahr zu verzeichnende Einbruch in der Beurteilung der Wirtschaftslage ging vornehmlich auf die Angaben der stark exportorientierten Großindustrie zurück. Erstmals seit Beginn der Panelbefragung musste diese ihren überdurchschnittlich positiven Einfluss auf das Gesamtergebnis einbüßen. Im weiteren Verlauf erreichte der Abschwung nun aber auch die kleineren sowie die rein auf den Binnenmarkt orientierten Unternehmen. So schätzen 30 % der Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern die heutige Lage schlechter ein als zu Beginn des Jahres. Mit steigender Unternehmensgröße reduziert sich dieser Anteil kontinuierlich auf unter ein Fünftel (bei den größeren Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern). Gleiches gilt für den Grad der Exportorientierung als Unterscheidungsmerkmal: War die Fokussierung auf den Binnenmarkt im Frühjahr noch ein statistisches

Abbildung 5
Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage im Zeitverlauf



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.458

© IfM Bonn 2009

Indiz für eine stabile Wirtschaftslage, so mussten über 30 % der binnenorientierten Unternehmen zwischenzeitlich eine Verschlechterung der eigenen Wirtschaftslage in Kauf nehmen. Nur jedes vierte dieser Unternehmen hatte dies jedoch im Frühjahr erwartet. Nachdem die exportstarke Großindustrie im Frühjahr 2009 in den Lageeinschätzungen weit hinter den Durchschnitt zurückgefallen war, gruppiert sich das derzeitige Stimmungsbild über die verschiedenen Größenklassen und Exportausprägungen wieder um einen ähnlichen Mittelwert.

Frühjahr 2010 - Export lässt auf vorsichtige Tendenz nach oben hoffen

Die Erwartungen an die kommenden sechs Monate zeigen, dass die Stimmung in der Industrie vorsichtig bleibt. Die positiven Einschätzungen gehen etwas zurück - nur gut

jedes fünfte Unternehmen erhofft nach dem Jahreswechsel eine gute Wirtschaftslage. Dass der Anteil der negativen Erwartungen jedoch abnimmt, und zwar deutlicher, lässt per saldo auf eine weitere leichte Verbesserung hoffen (vgl. Abbildung 5). Die vorsichtige Tendenz nach oben geht dabei zu einem Großteil von den überdurchschnittlich exportorientierten Unternehmen aus, die aufgrund der leichten weltwirtschaftlichen Erholung ein steigendes Auftragsvolumen aus dem Ausland erwarten. Nach einer Bodenbildung im Export seit dem Frühjahr 2009 könnte sich der Richtungswechsel mit dem Jahreswechsel manifestieren.

Erwartungen auf Jahressicht - Unternehmen hoffen auf Durchbruch

Mit Blick auf die Geschäftserwartungen der deutschen Industrieunternehmen auf



2.2 Produktion und Umsatz der mittelständischen Industrie - Ergebnisse und Perspektiven

Jahressicht verstetigen sich die positiven Signale - der Saldo aus den Erwartungswerten steigt im Vergleich zur aktuellen Lage um 24 Punkte auf nunmehr 14,2 Zähler. Zu diesem Zeitpunkt wird der Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise zwei Jahre zurückliegen. Bei den Einschätzungen muss jedoch beachtet werden, dass die Ausweitung des Prognosezeitraums auch eine größere Unsicherheit mit sich bringt. Die konjunkturellen Daten, auf deren Basis die Unternehmen ihre Erwartungen bilden, sind nach wie vor recht uneinheitlich.

Zuversichtlich stimmt jedoch, dass zuträgliche Veränderungen an beiden äußeren Rändern der Skala zu beobachten sind. Der Anteil der Unternehmen, die auf Jahressicht von einer guten Wirtschaftslage ausgehen, steigt auf über 32 %, der Anteil der Negativ-Meldungen geht auf 18 % zurück. Optimistische Erwartungen zeigen sich dabei tendenziell in allen Größenklassen und Branchen. Es verdichten sich aber auch die Hinweise darauf, dass die Krise nun nachgelagert den Binnenmarkt erreicht. Im direkten Vergleich zu den exportorientierten Unternehmen hellen sich die Jahreserwartungen der inlandsorientierten deutlich verhaltener auf.

Die deutsche Industrie war aufgrund ihrer Exportabhängigkeit in besonderem Maße vom Rückgang der weltweiten Nachfrage betroffen. Der Tiefpunkt des Abschwungs wurde im April 2009 erreicht, als die Produktion im verarbeitenden Gewerbe fast 30 % unter ihrem - allerdings starken - Vorjahreswert lag, so das Statistische Bundesamt. Seitdem hat eine leichte Stabilisierung eingesetzt, die sich in einem kontinuierlichen Anstieg der Auftrageingänge seit März 2009 manifestierte. Den Ausschlag für die positive Entwicklung gab zuletzt die gestiegene Auslandsnachfrage, während die Bestellungen aus dem Inland leicht rückläufig waren.

Die Herbstbefragung des BDI-Mittelstandspanels erfasst die geschäftliche Entwicklung der teilnehmenden Unternehmen nach verschiedenen Merkmalen und liefert somit in Ergänzung zu den amtlichen Statistiken zusätzliche Informationen über die individuelle Ausprägung des Abschwungs.

Umsatzeinbrüche im kleinen Mittelstand seltener

Der Blick auf die Umsatzentwicklung der Unternehmen des BDI-Mittelstandspanels

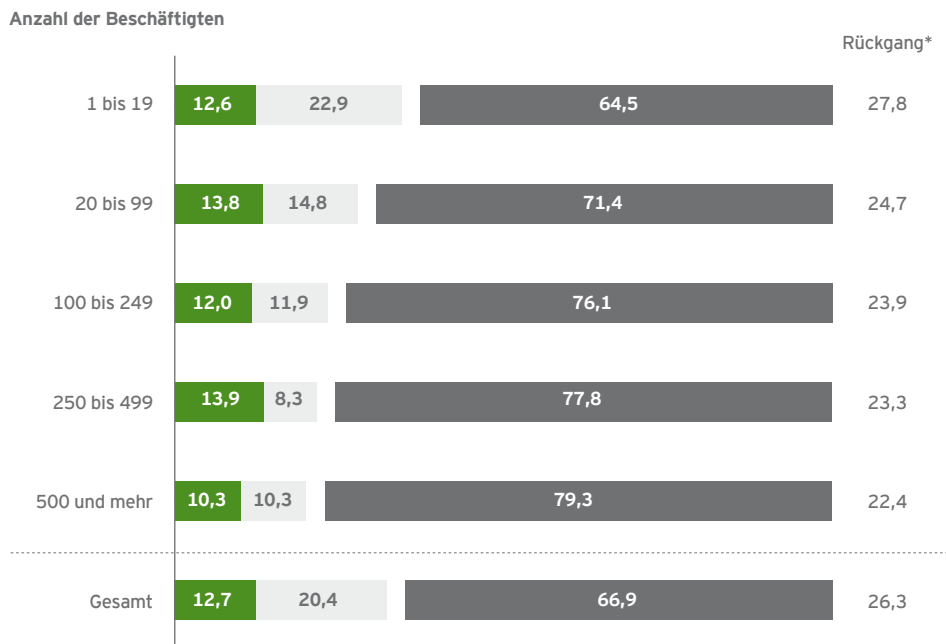
im ersten Halbjahr 2009 liefert in Übereinstimmung mit der amtlichen Statistik keine erfreulichen Befunde. Über zwei Drittel der Unternehmen mussten einen Umsatzrückgang hinnehmen (vgl. Abbildung 6). An dieser Stelle sollte jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass es auch in der Krise durchaus Unternehmen gibt - und zwar mehr als jedes achte -, die über eine Ausweitung ihrer Umsätze berichten. Etwa jedes fünfte Unternehmen konnte die Umsätze zumindest konstant halten. Dabei zeigen sich klare Unterschiede in der Umsatzentwicklung im Vergleich der Größenklassen. So mussten in der quantitativ bedeutsamen Gruppe der Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten nur rund 64 % der Unternehmen Umsatzrückgänge hinnehmen. Da mit steigender Unternehmensgröße tendenziell auch der Anteil der Exportunternehmen sowie die Exportquote innerhalb der Gruppe steigen, waren in den oberen Klassen vergleichsweise mehr Unternehmen von Umsatzrückgängen betroffen.

Ein Drittel der Unternehmen hat Umsatzeinbrüche von über 20 %

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, der noch in die Zeit vor dem konjunkturellen



Abbildung 6
Umsatzentwicklung in der Industrie im 1. Halbjahr 2009
(im Vergleich zum Vorjahreszeitraum)



Umsatzentwicklung im 1. Halbjahr
2009 im Vergleich zum Vorjahr:

gestiegen gleich geblieben gesunken

* Durchschnittlicher Umsatzrückgang in Unternehmen mit gesunkenen Umsätzen
Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.456

© IfM Bonn 2009

Abschwung fiel, reduzierte sich der Umsatz derjenigen Unternehmen, die Rückgänge verbuchen mussten, durchschnittlich um über ein Viertel (26,3 %). Bezogen auf alle von der Befragung erfassten Unternehmen, zeigt die Verteilung der Umsatzrückgänge, dass jedes dritte Unternehmen Umsatzeinbrüche von mehr als 20 % hinnehmen musste. Der Größenvergleich liefert weitere interessante Ergebnisse zur Höhe der durchschnittlichen Umsatzeinbußen. So sind zwar mit sinkender Unternehmensgröße weniger Unternehmen betroffen. Wenn es hier jedoch zu Einbußen kam, fielen diese stärker als im Durchschnitt der Befragung aus. Die Spannweite des durchschnittlichen Umsatzrückgangs liegt zwischen knapp 28 % in den Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten und gut 22 % in den Großunternehmen. Die ausgeprägtere Betroffenheit kleinerer Unternehmen lässt sich zum Teil aus den Ergebnissen des BDI-Mittelstandspanels zur Abnehmerstruktur im industriellen Mittelstand aus dem Frühjahr 2009 erklären. Gemessen am Umsatzanteil mit den fünf größten Kunden, steigt die Abhängigkeit von einigen wenigen Großkunden mit sinkender Unternehmensgröße. Reduziert einer dieser Kunden sein Auftragsvolumen oder fällt er

sogar ganz aus, kann dies die Auslastung in kleinen bis mittleren Unternehmen überproportional reduzieren.

Die aus der amtlichen Statistik bekannten Ergebnisse zu branchenspezifischen Umsatzentwicklungen bestätigen sich in den Erhebungsergebnissen. So verzeichneten die von Umsatzeinbußen betroffenen Produzenten von Ge- und Verbrauchsgütern (71 % aller Unternehmen dieser Branchen) nur einen durchschnittlichen Rückgang um gut 18 %. Sie produzieren zu einem überwiegenden Teil ausschließlich für den Binnenmarkt und zeichnen sich durch eine vergleichsweise geringe durchschnittliche Unternehmensgröße aus. Die Einbußen bei den Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten bezifferten sich hingegen auf jeweils gut 30 % (bei einem Anteil von 80 % bzw. 70 % betroffener Unternehmen).

Nachfrage aus dem Ausland zeigt leichte positive Impulse

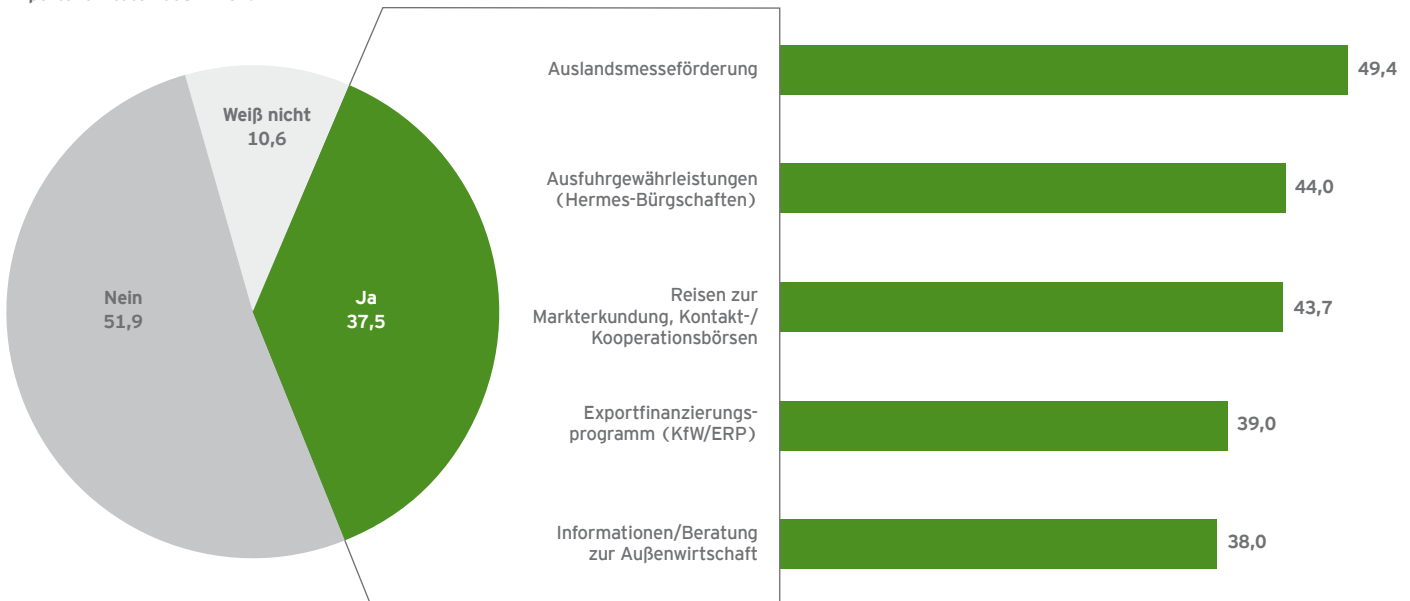
Auf die Frage, wie sich die Nachfrage aus dem Ausland seit Beginn der Krise im Sommer 2008 entwickelt habe, erbrachte noch die Frühjahrsumfrage 2009 einen eindeutigen Befund: Über einen Anstieg der

Nachfrage berichteten lediglich 4 %, einen Rückgang der Nachfrage verbuchten zwei von drei Unternehmen. In der Zwischenzeit lässt sich eine leichte Entspannung feststellen. Befragt nach der Entwicklung der Nachfrage seit dem Frühjahr, berichtet nunmehr ein Fünftel der Exportunternehmen von einem Anstieg der Auslandsnachfrage. Eine negative Entwicklung gibt es im gleichen Zeitraum allerdings immer noch in 59 % der exportierenden Unternehmen.

Belegung in der Europäischen Union besonders wichtig

Am häufigsten verzeichneten die mittelständischen Industrieunternehmen eine Belegung der Nachfrage aus den EU-15-Staaten, sprich den „alten“ Mitgliedsländern der Europäischen Union vor den Erweiterungen ab dem Jahr 2003. Über ein Viertel der dorthin exportierenden Unternehmen berichten von einer Belegung der Nachfrage aus diesen bedeutenden Handelsgebieten. Seltener, nämlich zu knapp 17 %, stellen die exportierenden Unternehmen eine Belegung der Nachfrage aus den EU-Ländern Zentral- und Osteuropas fest. Die Exporte in die „neuen“ EU-Länder hatten sich seit deren Beitritt besonders dynamisch

Würde sich eine Ausweitung bzw. Optimierung der Außenwirtschaftsförderung positiv auf Ihre Exportaktivitäten auswirken?



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 917 | Mehrfachnennungen, Basis: n = 344 (736 Antworten)

© IfM Bonn 2009

entwickelt. Da der Anteil aller EU-Staaten an den deutschen Exporten über 60 % ausmacht, hat eine Nachfragebelebung auf diesen Märkten besonderes Gewicht für die deutsche Industrie.

Über eine Nachfragebelebung aus China und den ASEAN-Staaten, einem Verband zehn südostasiatischer Staaten, berichtet jedes vierte bzw. jedes fünfte der in diese Region exportierenden Unternehmen. Dort war der Abschwung weitaus kürzer und weniger ausgeprägt gewesen und hatte bereits zu Anfang des Jahres seinen Tiefpunkt erreicht. Getragen von der deutlicheren Erholung der US-Wirtschaft im dritten Quartal 2009 als erwartet, berichtet ebenfalls knapp ein Fünftel der Unternehmen mit Exportaktivitäten in Nordamerika von einer Nachfragebelebung in dieser Region.

Parallel zu den globalen Produktionseinbrüchen war auch die Nachfrage nach Rohstoffen zurückgegangen, was wiederum zu einem Verfall der Rohstoffpreise führte. Die Exporterlöse in den stark von Rohstoffexporten abhängigen Nationen des Nahen

und Mittleren Ostens schrumpften, ebenso wie diejenigen in Russland. Die Nachfrage aus diesen Regionen der Welt belebte sich daher bisher lediglich bei jedem zehnten der Unternehmen mit Exportbeziehungen in diese Gebiete.

Außenwirtschaftsförderung - ein Drittel der Exportunternehmen wünscht sich Optimierung

Die Außenwirtschaftsförderung der Bundesregierung unterstützt deutsche Unternehmen bei der Erschließung und Sicherung ausländischer Märkte. Neben der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen wirkt sie auf die Beachtung multilateraler Regeln sowie den Abbau noch bestehender Marktzugangsschranken hin. In welchen Bereichen die Außenwirtschaftsförderung optimiert oder ausgeweitet werden könnte, wurde in der aktuellen Befragung des BDI-Mittelstandspanels thematisiert.

Nach Meinung von über einem Drittel (37,5 %) der befragten Exportunternehmen würde sich eine Ausweitung oder Optimierung der Außenwirtschaftsförderung

positiv auf die eigenen Exportaktivitäten auswirken (vgl. Abbildung 7). Bei der Frage, welche Bereiche es zu verbessern gelte, zeigen sich nur recht geringe Unterschiede bei den Anteilswerten. Die Ausweitung bzw. Optimierung von Ausfuhrleistungsgarantien in Form von Hermes-Bürgschaften wäre in den Augen von 44 % der Unternehmen förderlich für den eigenen Export. Eine verbesserte Unterstützung bei der Finanzierung des Außenhandels durch öffentliche Finanzierungsprogramme sehen 39 % der Befragten als hilfreich an. Am weitesten verbreitet ist jedoch der Wunsch nach einer Ausweitung der Auslandsmesseförderung. Bei der Unterstützung der ersten Schritte auf neuen Märkten, sprich bei der Markterkundung oder bei der Suche nach geeigneten Kooperationspartnern, zeigt sich ebenfalls ein hoher Bedarf.

Außenwirtschaftsförderung bewegt nur wenige Unternehmen zu einem Strategiewechsel

Bei nur wenigen Unternehmen (7,7 %), die sich bisher rein auf den Binnenmarkt fokussieren, würde eine Optimierung oder



2.3 Beschäftigung im industriellen Mittelstand - Dynamik in der Krise

Ausweitung der außenwirtschaftlichen Förderung die grundsätzliche Entscheidung für oder gegen die Auslandstätigkeit beeinflussen. Mit 80 % bleibt für die überwiegende Mehrheit der nicht exportierenden Unternehmen die Außenwirtschaftsförderung ohne Einfluss auf diesbezügliche Entscheidungen. Abhängig von der Branche und dem Produktportfolio bietet sich sicherlich nicht jedem Unternehmen der Zugang zu Auslandsmärkten.

Das insgesamt geringe Interesse an den derzeitigen Instrumenten der Außenwirtschaftsförderung deutet jedoch darauf hin, dass die grundsätzliche Entscheidung, im Ausland tätig zu sein, mit den bisherigen Mitteln der Exportförderung nicht zu beeinflussen ist. Umso eher würde es sich aber für die Beratungs-, Informations- und Finanzierungseinrichtungen lohnen, ihre Angebote im Hinblick auf die Bedarfsstruktur der Unternehmen neu zu justieren.

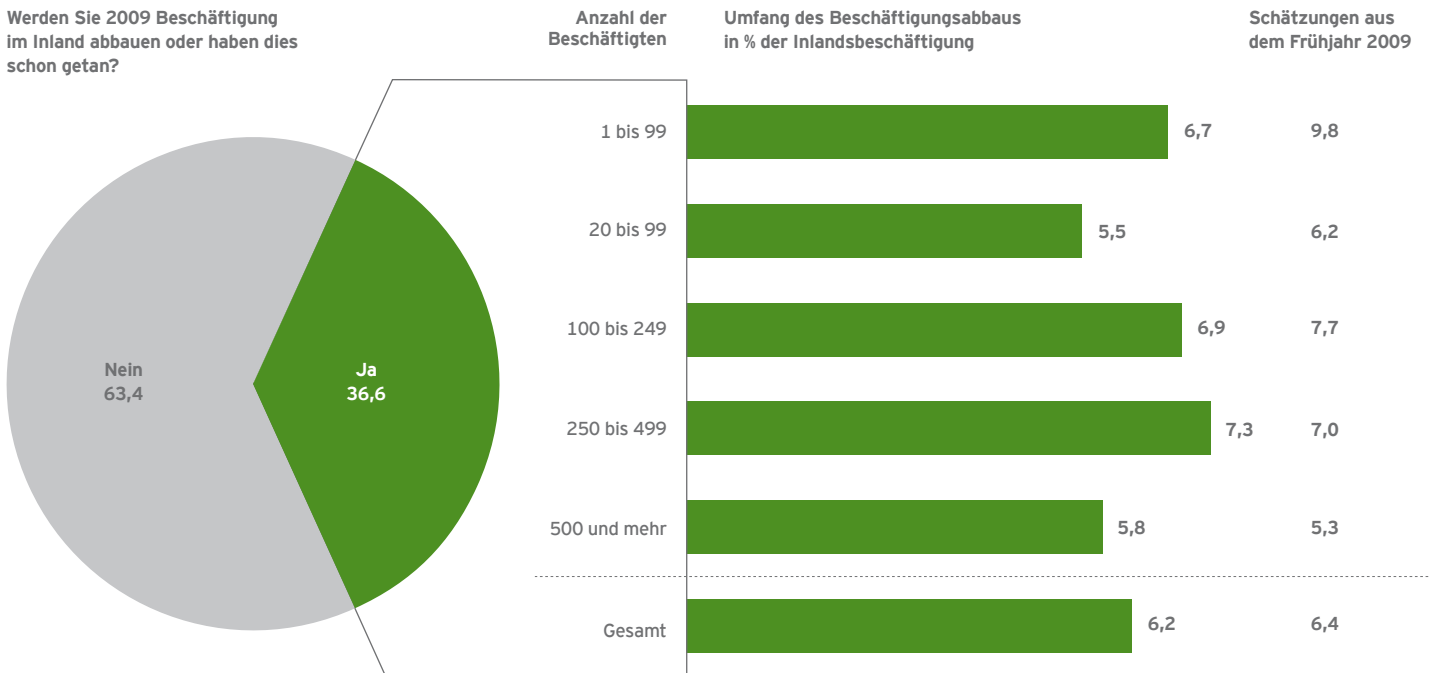
Trotz des heftigen Produktions- und Umsatzrückgangs hat sich der Arbeitsmarkt bislang entgegen allen Erwartungen als recht stabil erwiesen. Zwar steigt die Zahl der Arbeitslosen und auch der Umfang der zu besetzenden Stellen ist im Vergleich zum Vorjahr geringer. Insgesamt ist die Beschäftigung aber nur leicht zurückgegangen. Im verarbeitenden Gewerbe ist die negative Beschäftigungsentwicklung etwas ausgeprägter, da diese Branchen überdurchschnittlich von Produktionsrückgängen betroffen waren.

Entlastend auf den Arbeitsmarkt wirkte die intensive Nutzung der Kurzarbeit. Im Rahmen der Konjunkturprogramme wurde die maximale Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate verlängert, und auch die Zugangsbedingungen wurden erleichtert. Experten erwarten daher, dass die Unternehmen die Kurzarbeit langsamer reduzieren werden als nach früheren Rezessionen. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Kurzarbeiter im kommenden Jahr immer

noch auf 0,6 Millionen geschätzt, nach 1,2 Millionen in diesem Jahr.

Nur etwa ein Drittel der Industrieunternehmen baut Beschäftigung ab

Vor dem Hintergrund der oben skizzierten gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarktentwicklung und der besonderen Brisanz der Krise in der Industrie bietet die Herbstbefragung 2009 des BDI-Mittelstandspanels tiefere Einblicke in die Dynamik der industriellen Branchen. Es zeigt sich, dass momentan nur gut ein Drittel der Unternehmen 2009 Beschäftigung abgebaut hat bzw. abbauen wird (vgl. Abbildung 8). Mit steigender Unternehmensgröße steigt der Anteil der zu einem Stellenabbau gezwungenen Unternehmen. So geben nur 32 % der Unternehmen mit bis zu 19 Mitarbeitern an, Stellen abbauen zu müssen. In der Gruppe mit mehr als 500 Beschäftigten steigt der Anteil auf fast zwei Drittel (63 %). Ein analoger Zusammenhang zeigt sich für den Grad der Exportorientierung.



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.451

© IfM Bonn 2009

Beschäftigungsrückgang in der Industrie bleibt in erwartetem Umfang

Auf dem Höhepunkt des Produktionsrückgangs im Frühjahr 2009 wurden die Unternehmen um eine Prognose des voraussichtlich unvermeidbaren Stellenabbaus im laufenden Jahr gebeten. Hochgerechnet auf alle Beschäftigten im Inland zum Ende des Jahres 2008, hatte die Industrie mit einem Stellenabbau von 6,4 % gerechnet.¹ Bei der Berechnung ging ein eventueller Zuwachs an Beschäftigung in wachsenden Unternehmen nicht mit ein. Sechs Monate später zeigt sich, dass die Beschäftigungsdynamik 2009 in etwa den auf dem Höhepunkt der Krise geäußerten Erwartungen entspricht. Auf das Gesamtjahr wird es Hochrechnungen zufolge in den schrumpfenden Unternehmen zu einem Abbau der Beschäftigung um 6,2 % kommen. Dabei ist der überwiegende Teil des Stellenabbaus, der für das laufende Jahr geplant ist, bereits vollzogen, der Rest folgt bis zum Jahresende.

¹ Die Prozentwerte können von früher publizierten Angaben abweichen, da die Hochrechnung durch nachgehobene Daten verbessert werden konnte.

Über die Hälfte des gesamten Stellenabbaus entfällt auf die Unternehmen mit überdurchschnittlicher Exportorientierung, die häufig der Investitionsgüterbranche entstammen. Im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbeschäftigung tragen diese damit überproportional zum Beschäftigungsabbau bei. Dagegen verantworten die rein binnenmarktorientierten, zumeist den Konsumgüterbranchen angehörenden Unternehmen lediglich 10 % der wegfallenden Stellen.

Anteil der „kurzarbeitenden“ Unternehmen steigt nur noch leicht

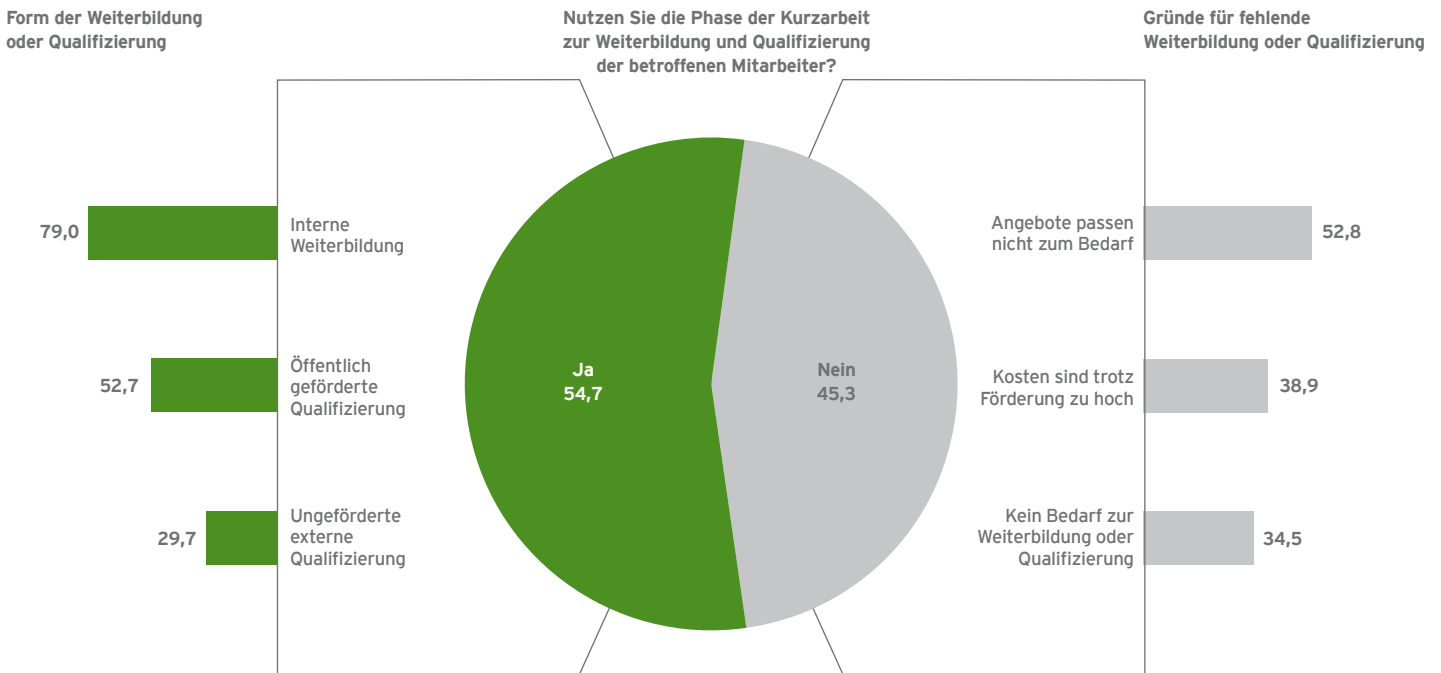
Das verarbeitende Gewerbe greift in besonderem Ausmaß auf das arbeitsmarktpolitische Instrument der Kurzarbeit zurück und ist derzeit für rund 80 % der konjunkturellen Kurzarbeit verantwortlich. Im Vergleich zum Frühjahr 2009 ist der Anteil der Unternehmen des BDI-Mittelstandspanels, die Kurzarbeit angemeldet haben, allerdings nur noch leicht von 31 % auf gut 33 % angestiegen. Dementsprechend sind mittlerweile über die Hälfte (55 %) der auf Basis der Befragung hochgerechneten Mitarbeiter in einem die Kurzarbeit nutzenden Unternehmen beschäftigt. Im Frühjahr waren nur 45 %

der Mitarbeiter für ein solches Unternehmen tätig. Aussagen über den Umfang der genutzten Kurzarbeit können jedoch nicht getroffen werden. Sicher ist allerdings, dass viele Unternehmen mit diesem Mittel versuchen, ihre Fachkräfte zu halten, wenngleich sie dazu durchaus Geld in die Hand nehmen müssen. Schließlich läuft ein Teil der Lohnnebenkosten, z. B. für bezahlte Freistellungen und gesetzliche Sozialkosten, während der Kurzarbeit weiter (sogenannte Remanenzkosten).

Auch wenn die Möglichkeit zur Kurzarbeit ein wirksames Instrument zur Überbrückung des Produktionsrückgangs ist, zeigen die Angaben des BDI-Mittelstandspanels, dass ein Stellenabbau dennoch nicht gänzlich verhindert werden kann. Zusätzlich zur Nutzung der Kurzarbeit mussten in den betroffenen Unternehmen 8,7 % der Stellen abgebaut werden. Dies verdeutlicht die prekäre wirtschaftliche Lage, trotz der entlastenden Wirkung durch die Nutzung der öffentlichen Unterstützung. Die nicht kurzarbeitenden Unternehmen, die auch nur einen deutlich geringeren Umsatzeinbruch verbuchen mussten, bauten hingegen nur Stellen im Umfang von 3 % ab.

Abbildung 9

Weiterbildung und Qualifizierung während der Kurzarbeit in der Industrie



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 351
Mehrfachnennungen, Basis: n = 265 (427 Antworten)

Mehrfachnennungen, Basis: n = 217 (274 Antworten)

© IfM Bonn 2009

Gut jedes zweite Unternehmen nutzt Kurzarbeit zur Weiterbildung

Im Rahmen der Herbstbefragung 2009 des BDI-Mittelstandspanels wurden die Unternehmen zur Nutzung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen während der Phase der Kurzarbeit befragt. Es zeigt sich, dass die Unternehmen in dieser Hinsicht „geteilter Meinung“ sind (vgl. Abbildung 9).

Wird die Kurzarbeit zur Weiterbildung der betroffenen Mitarbeiter genutzt, werden die Beiträge zur Sozialversicherung in voller Höhe von der Bundesagentur für Arbeit übernommen. Auch die Kosten der Weiterbildung und Qualifizierung werden situationsabhängig ganz oder in Teilen erstattet. Trotz der attraktiven Fördermöglichkeiten nehmen derzeit nur knapp 53 % der Unternehmen, die die Kurzarbeit zur Weiterbildung nutzen, öffentlich geförderte Angebote in Anspruch.

Acht von zehn der weiterqualifizierenden Unternehmen präferieren die interne Weiterbildung. Hier können die Inhalte exakt dem Bedarf der Mitarbeiter und des Unternehmens angepasst werden. Externe, jedoch

ungeförderte Weiterbildungsangebote nutzen 30 % der weiterbildenden Unternehmen. Wie die Anteilswerte bei der Verbreitung der unterschiedlichen Qualifizierungsmöglichkeiten zeigen, wählen letztendlich jedoch viele Unternehmen eine Mischung der vorgegebenen Formen.

Diejenigen kurzarbeitenden Unternehmen, die auf jegliche Form der Weiterqualifizierung verzichteten, wurden zu den Gründen für diese Entscheidung befragt. Gut die Hälfte dieser Unternehmen gibt an, dass das Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebot, ob öffentlich gefördert oder nicht, am eigenen Bedarf vorbeigehe. Mit knapp 39 % geben fast vier von zehn der nicht weiterqualifizierenden Unternehmen an, dass sie die Kosten trotz öffentlicher Förderung als zu hoch empfinden. Ein gutes Drittel sieht schlichtweg keinen Bedarf zur Weiterbildung.

Leiharbeit in der Industrie kaum weiter reduziert

Die Entwicklung der Leiharbeitsbranche wird mittlerweile häufig als Frühindikator für den Konjunkturverlauf verwendet. Der deutliche Rückgang der Leiharbeitsverhältnisse

im zweiten Quartal 2008 deutete den konjunkturellen Abschwung also bereits an. Im Juni 2009, elf Monate später, ist die Zahl der Leiharbeiter erstmals wieder gestiegen. Der Bestand erhöhte sich um knapp 20.000 oder 3,8 % auf gut 526.000 Leiharbeiter, liegt aber noch deutlich unter seinen Höchstständen vor der Krise.

Der Abbau von Leiharbeitsverhältnissen fungierte in der Krise als kurzfristig umsetzbares Mittel zur Kostenreduzierung. Die Ergebnisse der vorliegenden Befragung deuten darauf hin, dass das Einsparpotenzial in den Unternehmen mittlerweile ausgereizt scheint. So hat sich der Anteil der entlehenden Unternehmen seit dem Frühjahr nur noch geringfügig verändert. Im Vergleich zum Herbst letzten Jahres ist er jedoch von 29 % auf nunmehr 15 % deutlich zurückgegangen. Ähnlich rückläufig entwickelte sich auch der Umfang des entliehenen Personals. Da zeitgleich jedoch auch ein Teil der Stammbesetzung freigesetzt wurde, blieb das Verhältnis zwischen entliehenem Personal und fester Belegschaft im Vergleich zum Frühjahr in etwa konstant.

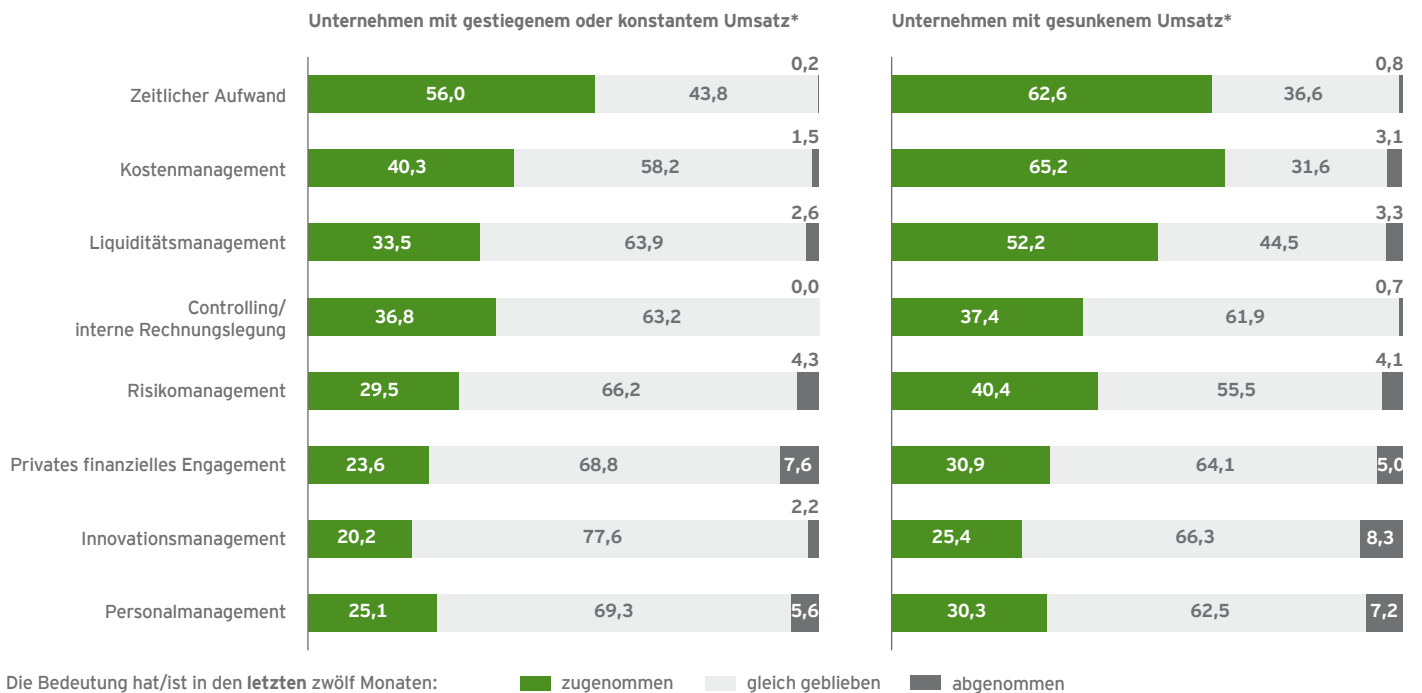
3 Unternehmensführung zwischen Krise und Aufschwung

Konjunkturelle Berg- und Talfahrten gehören für die Unternehmer zum langfristigen Managementalltag. Aufgrund der besonderen Tiefe des aktuellen konjunkturellen Tals waren die Herausforderungen im letzten Jahr größer denn je. Es galt, die Liquidität bei sinkenden Umsätzen zu sichern. Am Übergang zwischen Krise und Aufschwung zeigen die Befragungsbefunde aber auch, dass die Nutzung des innovativen Potenzials das Thema der Zukunft ist. Zudem stellen die Industrieunternehmen auf der Suche nach den richtigen Antworten auf die sich verschlechternden Finanzierungsbedingungen ihre Finanzierungsstrategien auf den Prüfstand.



Abbildung 10

Veränderungen in der Unternehmensführung in der Industrie, Rückblick auf die letzten zwölf Monate



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.435 | * Umsatzentwicklung im 1. Halbjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr

© IfM Bonn 2009



3.1 Herausforderungen im Lichte der Umsatzentwicklung

In der Herbstbefragung 2009 des BDI-Mittelstandspanels gaben die deutschen Industrieunternehmen Auskunft über die Veränderungen in der Unternehmensführung in den letzten, krisengeschüttelten Monaten (vgl. Abbildung 10) und den kommenden, hoffentlich von Wachstum geprägten Monaten (vgl. Abbildung 11). Betrachtet man die Angaben der Unternehmen unter Einbeziehung der Umsatzentwicklung im ersten Halbjahr 2009, werden die krisen- und wachstumsbedingten Herausforderungen sichtbar.

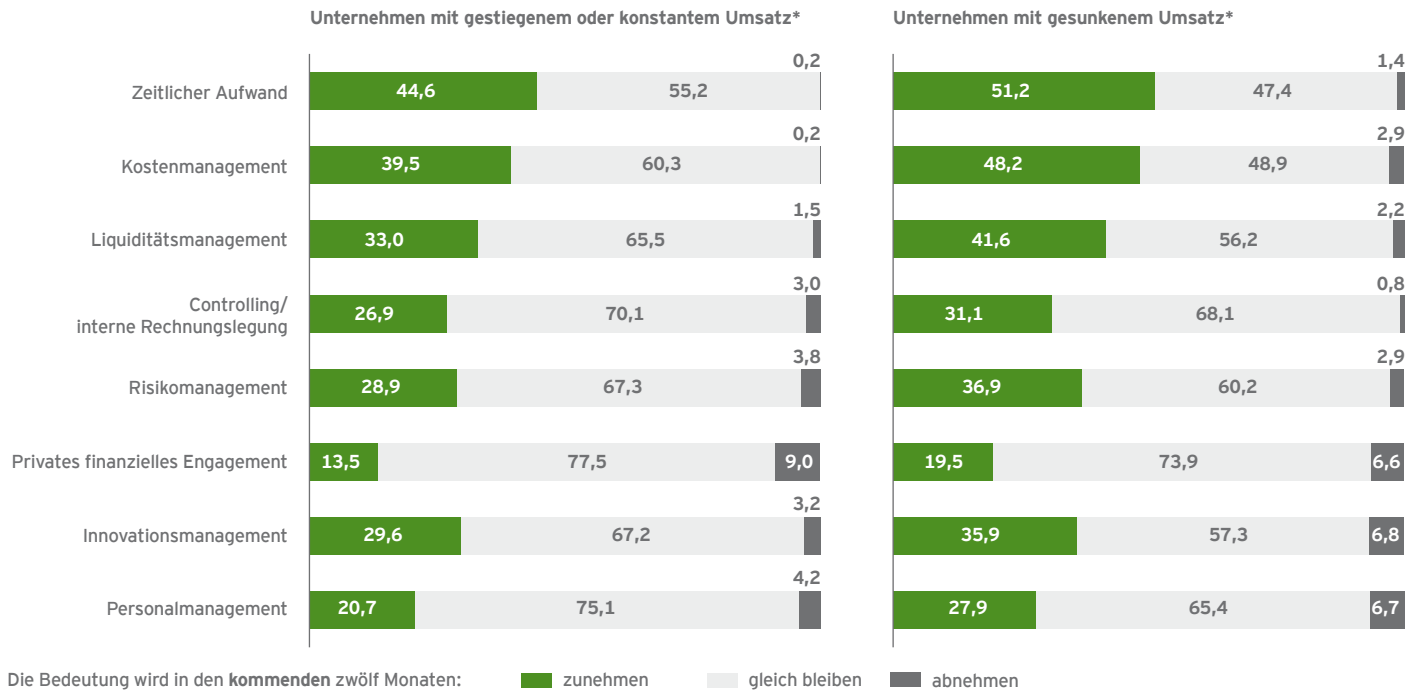
Bedeutung von Kostenmanagement und Liquiditätssicherung nimmt deutlich zu

Der zeitliche Aufwand für die Unternehmensführung hat in den letzten zwölf Monaten in durchschnittlich 60 % der Unternehmen des industriellen Mittelstands zugenommen. Etwa die Hälfte geht zudem davon aus, dass die besonderen Anforderungen an die Führung auch in den kommenden zwölf Monaten zu einem steigenden zeitlichen

Aufwand führen werden. Die vorrangigen Themen, die diesen zusätzlichen zeitlichen Aufwand verursacht haben, betrafen erwartungsgemäß die finanzielle Sphäre der Unternehmen, nämlich die Kosten- und Liquiditätsseite. Während das Kostenmanagement bei wachsenden oder zumindest gleich bleibenden Umsätzen in nur vier von zehn Unternehmen von steigender Bedeutung war, versuchten fast zwei Drittel (65,2 %) der Unternehmen mit schrumpfenden Umsätzen, Einsparpotenziale zu erschließen, um die Rentabilität zu sichern. Ein ähnliches Ergebnis gilt für das Liquiditätsmanagement. Dieses gewann innerhalb des letzten Jahres in jedem dritten Unternehmen mit positiver, jedoch in über der Hälfte der Unternehmen mit negativer Umsatzentwicklung an Bedeutung. Im Schnitt wird sich die höhere Gewichtung von Liquidität aus Sicht der Unternehmer im kommenden Jahr zwar etwas abschwächen. Allerdings scheint eine gute Umsatzentwicklung im laufenden Jahr noch keine Entwarnung zu sein. Die Bedeutung des Liquiditätsmanagements nimmt auch in den nächsten zwölf Monaten trotz positiver Umsatzentwicklung in einem Drittel der betroffenen Unternehmen zu.

Abbildung 11

Veränderungen in der Unternehmensführung in der Industrie, Ausblick auf die kommenden zwölf Monate



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.400 | * Umsatzentwicklung im 1. Halbjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr

© IfM Bonn 2009

Die Finanzierungs- und Liquiditätslücken, die aus einem starken Umsatzrückgang resultieren, werden je nach Rechtsform und Unternehmenstyp durch privates Vermögen aufgefangen. Dies spielt insbesondere in den in Deutschland traditionell weitverbreiteten Familienunternehmen eine Rolle. Dementsprechend erhöhte sich in den letzten Monaten verstärkt das private finanzielle Engagement. Insbesondere in Unternehmen mit rückläufigen Umsätzen war dies der Fall, aber auch als Unterstützung bei guter Umsatzentwicklung wurde auf private Ressourcen zurückgegriffen. Erfreulicherweise wird dies mit Blick auf die kommenden Monate seltener der Fall sein müssen.

Die Finanzkrise hat die Notwendigkeit eines konsequenten Risikomanagements weiter verdeutlicht. Vor allem Unternehmen mit rückläufigen Umsätzen greifen das Thema auf. Erwartungsgemäß stieg in diesen Fällen auch die Bedeutung des Personalmanagements in überdurchschnittlich vielen Unternehmen (30 %).

Innovationsmanagement ist Thema der Zukunft

Gerade in einer Zeit, in der Krisenbewältigung oberste Priorität hat, ist es besonders

erfreulich, dass dem Innovationsmanagement in jedem vierten Unternehmen mit Umsatzrückgängen und jedem fünften Unternehmen mit konstantem oder steigendem Umsatz höhere Aufmerksamkeit zukam. Nicht zuletzt für die von Umsatzrückgängen betroffenen Unternehmen war die Krise mithin ein Anstoß, im Hinblick auf ihr Produktportfolio neue Akzente zu setzen und ihre Innovationsanstrengungen zu verstärken.

Berücksichtigt man zudem die Entwicklung der Beschäftigung, zeigt sich ein weiterer interessanter Befund: Wurde trotz vergleichsweise schlechter Umsatzentwicklung auf einen Stellenabbau verzichtet, war das Innovationsmanagement von besonders großer Bedeutung. Schließlich will man im nächsten Aufschwung mit neuen Produkten und Verfahren angestammte oder neue Märkte (wieder) erobern und daher die Fachkräfte sichern. Hierauf deuteten schon die Ergebnisse der Frühjahrsbefragung 2009 hin. Unternehmen, die zum damaligen Zeitpunkt davon ausgingen, gestärkt aus der Krise hervorzugehen, nahmen deutlich seltener Kürzungen des F&E-Budgets vor als pessimistisch in die Zukunft blickende Unternehmen. So ist das Innovationsma-

nagement auch der einzige Führungsbereich, dem die mittelständischen Industrieunternehmen - unabhängig von ihrer Umsatzentwicklung in der Vergangenheit - für die Zukunft einen Bedeutungsgewinn bescheinigen.

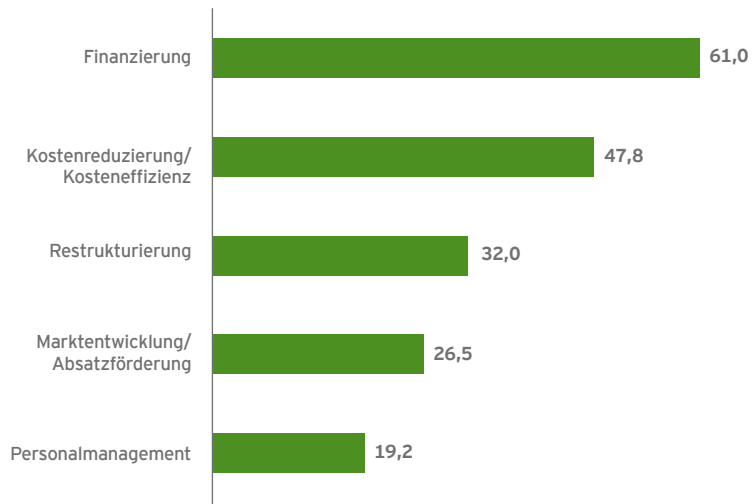
Im Grunde gehören die hier thematisierten Aufgabenfelder zum Grundkatalog der Unternehmensführung. Die Krise gab jedoch Anlass zum intensiveren Umgang mit den Strukturen und Vorgängen in den Unternehmen. Allerdings birgt das Handeln und Entscheiden unter dem Druck wegbrechender Nachfrage auch besondere Risiken. Von daher sollten die stärker in den Vordergrund gerückten Themenbereiche - dort, wo sie nicht ohnehin schon von großer Bedeutung sind - auch zukünftig in der Unternehmensführung einen angemessenen Platz einnehmen.

Ein Drittel der Unternehmen nimmt verstärkt Beratung in Anspruch

Ein Drittel der von der Befragung erfassten Industrieunternehmen jedweder Größe hat seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise verstärkt Beratung in Anspruch genommen (vgl. Abbildung 12). Die von der Krise durch Umsatzrückgänge

Abbildung 12

Managementthemen mit verstärktem Beratungsbedarf seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 467 (870 Antworten)

© IfM Bonn 2009

oder gar einen Abbau von Stellen betroffenen Unternehmen haben deutlich häufiger den Schritt zur Beratung getan. Aber auch ein Viertel der Unternehmen mit guter bzw. gleich bleibender Umsatzentwicklung holte sich externen Rat.

Externe Unterstützung am häufigsten bei Finanzierungsfragen

Sechs von zehn Unternehmen, die verstärkt Beratung in Anspruch nahmen, suchten Hilfe in Finanzierungsfragen. Ansprechpartner waren am häufigsten Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer, allerdings dicht gefolgt von den Finanzberatern der Banken und Sparkassen. Dies zeigt, dass die Unternehmen in den wichtigen Fragen der Finanzierung durchaus mehrere Meinungen einholen.

Dabei gilt zu beachten, dass sich die Unternehmen bei der Suche nach externer Kompetenz konstant über alle Beratungsthemen hinweg in drei Viertel der Fälle an ihren Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer wandten. Traditionell bestehen im Mittelstand starke Bindungen zu den steuerberatenden Experten. Auf dem zweiten Rang folgen die Finanzberater der Banken und Sparkassen, deren Rat knapp 45 % der Unternehmen verstärkt in Anspruch nahmen. Auch wenn sich

der Beratungsbedarf in dieser Konstellation häufig auf das Thema Finanzierung konzentrierte, diskutierten die Unternehmen durchaus auch andere Bereiche der Unternehmensführung mit ihrem Bankberater.

Die gestiegene Bedeutung des Kostenmanagements für die Unternehmensführung drückt sich auch in der Häufigkeit aus, mit der Unternehmen Beratungsleistungen zu diesem Komplex beanspruchten. Fast jedes zweite hatte seit Krisenbeginn zu diesem liquiditätswirksamen Bereich Beratungsbedarf. Hierzu gehört die Erschließung jeglicher Einsparpotenziale, sei es im Personalbereich, bei der Beschaffung oder im Marketing, um nur einige zu nennen.

Kammern und Verbände bieten Kompetenz in der Marktentwicklung

Die Restrukturierung, sei es in der Führung oder von Prozessen, ist ein Teil des Kerngeschäfts von Unternehmensberatungen. Diese Kompetenz wird auch von der deutschen Industrie intensiv genutzt. Insgesamt hat ein Drittel der Unternehmen mit verstärktem Beratungsbedarf zu dieser gerade in der Krise relevanten Thematik Rat gesucht, mehrheitlich bei Unternehmensberatungen, Steuerberatern oder Wirtschaftsprüfern.

Gleiches gilt für die Absatzförderung und Marktentwicklung, die in gut jedem vierten der fraglichen Unternehmen gemeinsam mit externen Beratern thematisiert wurden. Zusätzlich zu den vorgenannten Institutionen wurde dieses Thema jedoch auch häufig mit Kammern oder Verbänden besprochen, die im Schnitt über alle Beratungsthemen von einem Viertel der Unternehmen mit gesteigertem Bedarf angefragt wurden.

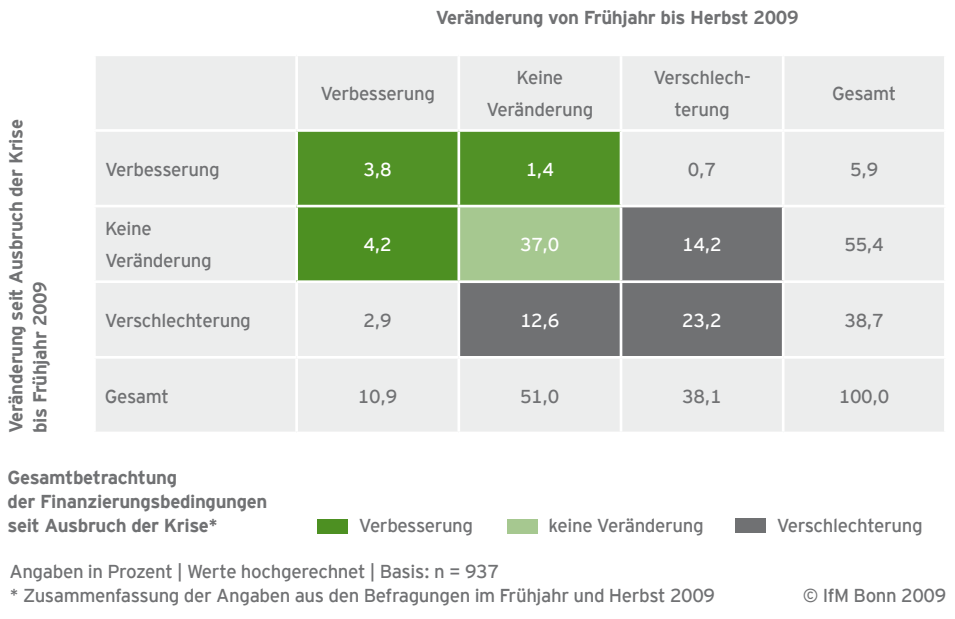
Fragen des Personalmanagements, wozu beispielsweise die Weiterbildung und Qualifizierung der Belegschaft oder die Rekrutierung von neuem Personal zählen, waren in nur knapp jedem fünften Unternehmen mit Beratungsbedarf ein Thema. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass viele Unternehmen trotz Kurzarbeit keine Qualifizierungsmaßnahmen anbieten. Unter dem Eindruck der notwendigen Kosteneinsparungen und dem gesunkenen Personalbedarf in vielen Unternehmen erscheint dies auch nicht verwunderlich. Als einer der Hauptansprechpartner fungierten in diesem Bereich die Rechtsanwälte der Unternehmen.

3.2 Finanzierung - Strategien und Herausforderungen für die Industrie

In den letzten Monaten scheint sich die Situation an den Finanzmärkten wieder etwas entspannt zu haben. Die ifo-Kredithürde zur Messung der Kreditvergabepraxis in Deutschland ist im Oktober den vierten Monat in Folge leicht gesunken. Im verarbeitenden Gewerbe nahm die Kredithürde über alle Unternehmensgrößenklassen ab. Nach Angaben der Bundesbank ist eine Beruhigung bei den Kreditangebotsbedingungen zu erkennen, wobei die Margen noch einmal ausgeweitet wurden. Nur noch vereinzelt kam es zu weiteren Verschärfungen der Kreditrichtlinien, die auf branchen- und firmenspezifische Faktoren zurückzuführen waren. Dies dürfte sich zu großen Teilen aus der krisenbedingten Ratingabstufung der Geschäftskunden erklären lassen. Eigenkapitalrestriktionen haben im Gros der Banken bisher keine entscheidende Rolle gespielt, so die Bundesbank. Somit scheint der oft kritisierte Rückgang der Kreditvolumina vor allem konjunkturzyklisch begründet zu sein. Akteure in Banken, Politik und Wirtschaft sind sich daher einig, dass eine Kreditklemme, sprich eine Situation, in der die Kreditnachfrage durch das vorhandene Kreditangebot nicht gedeckt werden kann und in der dadurch ein erhebliches Risiko für die konjunkturelle Entwicklung besteht, derzeit nicht vorliegt.

Die Herausforderungen für den Finanzsektor und die Realwirtschaft werden jedoch mit einem Anstieg der geschäftlichen Aktivitäten und des investiven Finanzbedarfs zunehmen. Zeitgleich zu einem steigenden Finanzierungsbedarf der Unternehmen könnten sich auch die strukturellen Eigenkapitalprobleme im Finanzsektor zuspitzen. Gründe hierfür sind der steigende Bedarf zur Risikoversicherung durch zu erwartende Herabstufungen bei der Bonität von Schuldnern oder gar Abschreibungen auf Kreditengagements. Vor dem Hintergrund der

Abbildung 13
Veränderung der Finanzierungsbedingungen in der Industrie seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise



Vorschriften zur Eigenkapitalunterlegung könnte der Spielraum zur Kreditvergabe in den Banken eingeschränkt werden. Zudem haben sich viele Auslandsbanken bereits aus dem deutschen Markt zurückgezogen, einige inländische Institute sind in ihrem Handlungsspielraum durch EU- und SoFFin-Auflagen eingeschränkt. Eine Kreditklemme könnte daraus entstehen. Dieses Szenario kann, muss aber nicht eintreffen. In jedem Fall sind die Unternehmen gut beraten, ihre Aktivitäten frühzeitig durch ausreichenden Finanzierungsspielraum zu sichern.

Finanzierungsbedingungen seit dem Frühjahr mehrheitlich unverändert

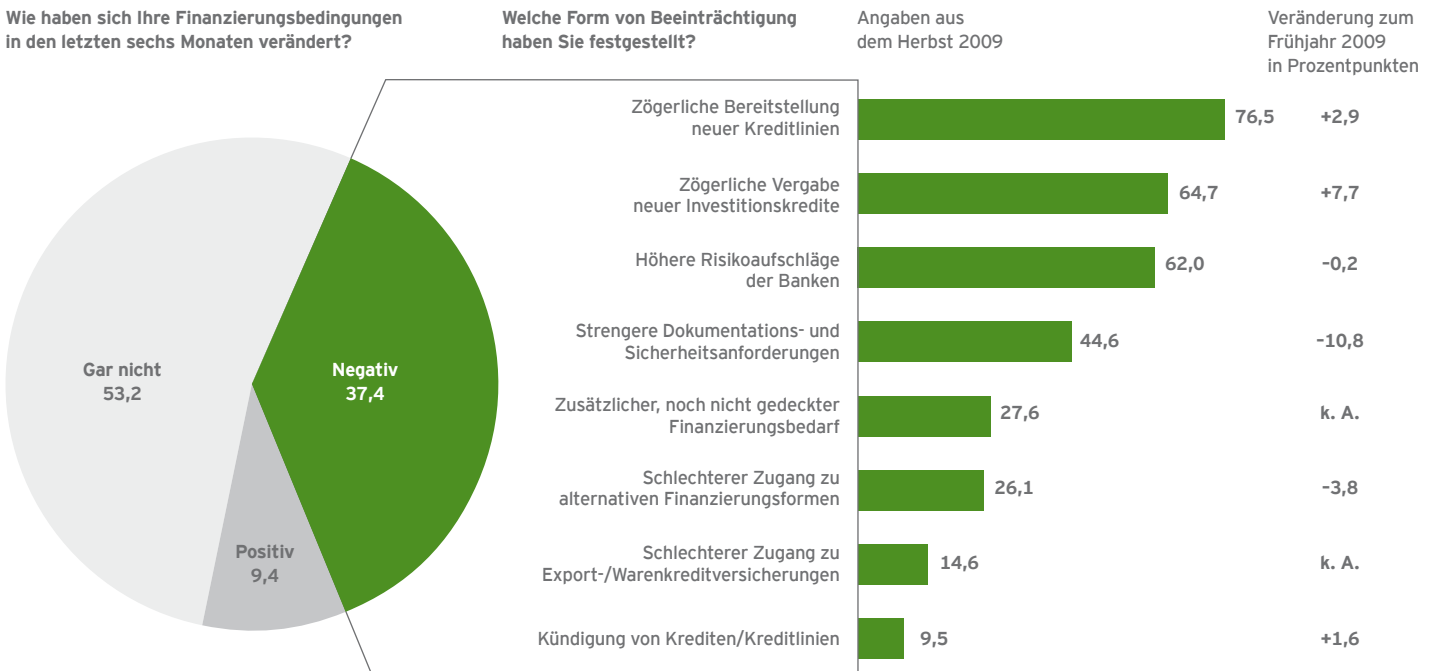
Seit dem Höhepunkt des Produktionseinbruchs im Frühjahr 2009 hat die damals einsetzende Seitwärtsbewegung mit verhaltenen Wachstumssignalen auch die Finanzierungsbedingungen in den Unternehmen weitgehend unverändert gelassen - gut die Hälfte der Unternehmen berichtet von konstanten Bedingungen. Eine negative

Entwicklung bei der Finanzierung des eigenen Unternehmens mussten seit der Befragung im Frühjahr dennoch fast vier von zehn Unternehmen des industriellen Mittelstands feststellen. Aber auch positive Äußerungen über die Finanzierungssituation sind zu verzeichnen: Immerhin jedes zehnte Unternehmen beurteilt die Bedingungen besser als noch im Frühjahr (vgl. Abbildung 13).

Wie auch schon in der letzten Erhebung haben die Finanzierungsschwierigkeiten tendenziell eher in den kleinen Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten und in den Großunternehmen zugenommen. Dahingegen lässt sich eine starke Exportorientierung nicht mehr als negativer Einflussfaktor auf die kurzfristige Entwicklung der Finanzierungsbedingungen identifizieren. Vielmehr drehte sich das Blatt: Innerhalb der Gruppe der rein auf dem Inlandsmarkt agierenden Unternehmen erhöhten sich die Schwierigkeiten in 46 % der Unternehmen und damit überdurchschnittlich. Bei hoher

Abbildung 14

Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Unternehmensfinanzierung in der Industrie



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.304 | Mehrfachnennungen, Basis: n = 473 (1.540 Antworten)

© IfM Bonn 2009

Exportorientierung berichtet nur gut jedes vierte Unternehmen (28 %) von einer Verschlechterung bei den Finanzierungsbedingungen.

Auf Jahressicht erschwerten sich die Bedingungen in jedem zweiten Unternehmen

Eine Zusammenfassung der Angaben aus den beiden Panelbefragungen des Jahres 2009 erlaubt eine Aussage über die Veränderung der Finanzierungsbedingungen seit Ausbruch der Krise. Dabei wird klar, dass die Bedingungen in nur gut einem Drittel der mittelständischen Industrieunternehmen (37,0 %) unverändert geblieben sind (vgl. Abbildung 13). Jedes zweite Unternehmen beklagt jedoch eine Verschlechterung der eigenen Finanzierungsbedingungen. Knapp jedes vierte Unternehmen spürt sogar eine stetige Verschlechterung (23,2 %) im Verlauf der Krise. Ein Lichtblick ist, dass nur ein geringer Anteil (14,9 %) der Unternehmen in der Herbstbefragung 2009 erstmalig über eine negative Entwicklung des Finanzierungsumfelds berichtet.

Um Näheres über die Hintergründe der negativen Entwicklung bei der Unternehmensfinanzierung zu erfahren, wurden die Teilnehmer der Herbstbefragung 2009 um konkretisierende Angaben gebeten.

Wie im Frühjahr berichten die Unternehmen, deren Finanzierungsbedingungen sich verschlechtert haben, auch im Herbst am häufigsten über eine zögerliche Bereitstellung neuer Kreditlinien (76,5 %, vgl. Abbildung 14). Dieses vor allem der Finanzierung des laufenden Geschäftsbetriebs dienende Instrument ist in Zeiten rückläufiger Einnahmen besonders gefragt. Betriebsmittelkredite betrafen daher auch rund zwei Drittel der bisher im Rahmen des KfW-Sonderprogramms 2009 eingegangenen Förderanträge.

Zugang zu Investitionskrediten erschwert sich

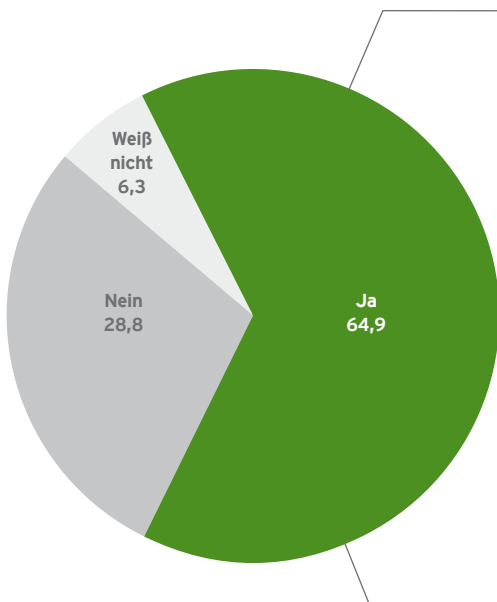
Während die Nennungen zu Problemen bei Kreditlinien im Vergleich zum Frühjahr nur leicht um 2,9 Punkte zunahm, scheint sich der Zugang zu Investitionskrediten zwischenzeitlich verschärft zu haben. Mit 64,7 % berichten fast zwei Drittel der Unternehmen mit Negativerfahrungen über Probleme bei der Vergabe von Investitionskrediten - ein Plus von 7,7 Prozentpunkten. Hiervon sind kleine Unternehmen überdurchschnittlich häufig betroffen. Da mit dem Anziehen der Konjunktur auch wieder mit einem Anstieg der Investitionsvolumina gerechnet wird, stimmt dieses Ergebnis nachdenklich. Unter Berücksichtigung der Geschäftsentwicklung (Umsatz im ersten

Halbjahr 2009 sowie die Beschäftigungssituation) zeigt sich jedoch ein Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit von Investitionskrediten und der wirtschaftlichen Lage der Unternehmen. Liegen Umsatzrückgänge verbunden mit einem Stellenabbau vor, berichten acht von zehn der relevanten Unternehmen über Probleme beim Zugang zu Investitionskrediten. Aber auch unter den Unternehmen, die ihren Umsatz steigern konnten, berichtet jedes zweite über derartige Probleme. Auch wenn es zu einer Kündigung von bestehenden Krediten oder Kreditlinien - der sicherlich schwerwiegendsten Beeinträchtigung - bisher nur selten kam, geben die Befunde Anlass zur Sorge über eine mögliche Finanzierungsnot bei einer Ausweitung der Investitionen, käme die Konjunktur wieder in Fahrt.

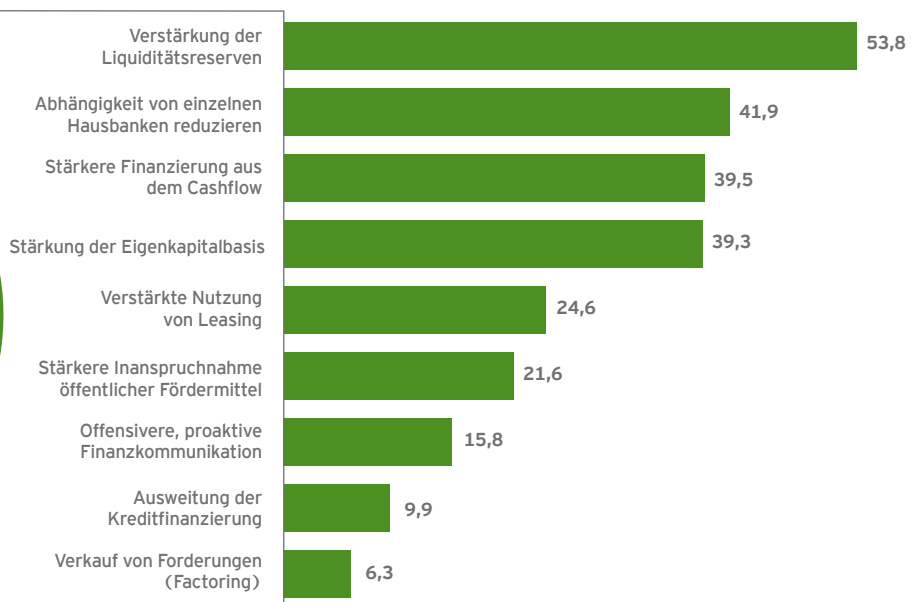
Zusätzlich zu den oben genannten „klassischen“ Finanzierungselementen ist auch der Zugang zu alternativen Finanzierungsformen wie Leasing, Factoring oder Private Equity in durchschnittlich gut jedem vierten Unternehmen mit negativer Entwicklung der Finanzierungsbedingungen erschwert (-3,8 Punkte). Die Bonitätseinbußen der letzten Monate, bedingt durch die Nachfrageausfälle, hinterlassen auch in diesem Bereich ihre Spuren.

Änderung der Finanzierungsstrategien in der Industrie in den nächsten zwei Jahren

Werden Sie Ihre Finanzierungsstrategie in den nächsten zwei Jahren ändern?



Welche Änderungen werden Sie vornehmen?



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.457 | Mehrfachnennungen, Basis: n = 945 (2.387 Antworten)

© IfM Bonn 2009

Jedes zehnte Unternehmen hat nicht gedeckten Finanzierungsbedarf

Letztlich zählt in den Unternehmen jedoch, ob der aktuelle Finanzierungsbedarf gedeckt werden kann. Nach Angaben der Unternehmen des BDI-Mittelstandspanels ist dies derzeit in gut 27 % der Unternehmen, die über negative Veränderungen in der Finanzierung berichten, nicht der Fall. Bezogen auf alle von der Befragung erfassten Unternehmen hat daher schätzungsweise jedes zehnte Unternehmen des industriellen Mittelstands zusätzlichen, ungedeckten Finanzierungsbedarf. Erwartungsgemäß berichten Unternehmen mit Umsatzausfällen überdurchschnittlich häufig von einer Finanzierungslücke.

Bei den strengeren Anforderungen an Sicherheiten und Dokumentation im Rahmen eines Kreditengagements ist mittlerweile ein gewisser Gewöhnungseffekt bei den Unternehmen eingetreten. Die strengeren Kriterien, denen die Kreditgewährung nach Basel II in dieser Hinsicht unterliegt, empfinden weniger Unternehmen als negativen Einfluss als noch im Frühjahr (Rückgang um 10,8 Punkte). Dabei kann sogar davon ausgegangen werden, dass das Sicherheitsbedürfnis der Banken krisenbedingt noch weiter angestiegen ist.

Im September hatte die Bundesregierung verkündet, dass im Rahmen des Kredit- und Bürgschaftsprogramms eine Unterstützung des Kreditversicherungsmarktes erfolgen werde. Bis zu einem Gesamtvolumen von 7,5 Mrd. Euro werde der Staat einen Teil des Ausfallrisikos von Forderungen tragen, das private Kreditversicherer krisenbedingt nicht mehr übernehmen. Hiervon könnten künftig auch die Industrieunternehmen profitieren, die unter diesem Aspekt negativ betroffen waren (14,6 %).

Die kommenden Monate und Jahre werden durch Konsolidierung und vorsichtiges Wachstum nach dem starken Einbruch der Nachfrage im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise gekennzeichnet sein. Die Bedeutung der richtigen Finanzierungsstrategie und einer ausreichenden Versorgung mit liquiden Finanzmitteln für die Handlungsfähigkeit der Unternehmen ist mehr als deutlich geworden. Ob und, wenn ja, in welcher Form die Unternehmen derzeit über eine Veränderung der eigenen Finanzierungsstrategie nachdenken, wurde in der Herbstbefragung des BDI-Mittelstandspanels thematisiert - mit den folgenden Ergebnissen:

Finanzierungsstrategien auf dem Prüfstand

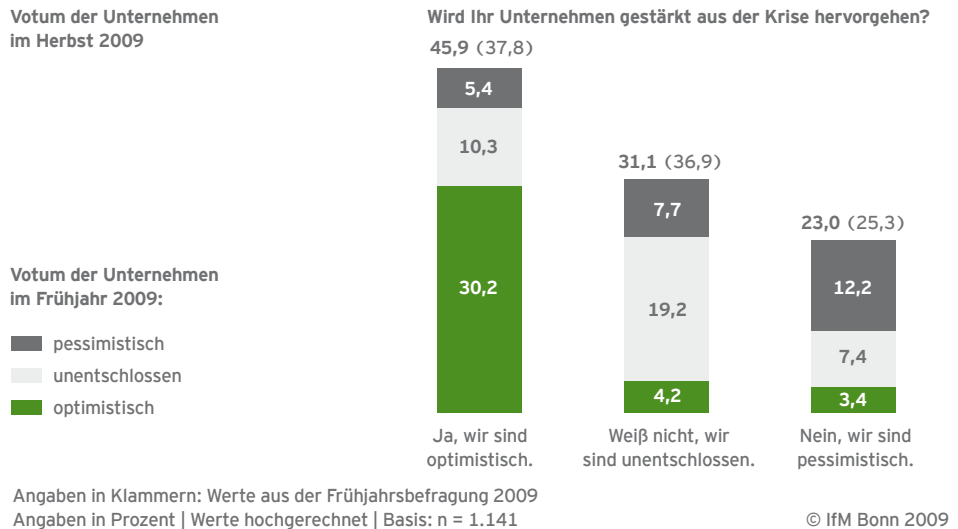
Bei der Frage, ob es in den nächsten zwei Jahren zu Änderungen in der Finanzierungsstrategie kommen werde, sind sich die Unternehmen aller Größenklassen weitgehend in ihrem Votum einig: Fast zwei von drei Unternehmen planen in absehbarer Zeit Änderungen in der Finanzierungsstrategie (64,9 %, vgl. Abbildung 15).

Stärkung der eigenen Finanzkraft gewinnt an Bedeutung

Bei Betrachtung der konkreten Änderungen, die die Unternehmen an ihrem Finanzierungs-konzept vornehmen möchten, dominieren Maßnahmen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit. Die Stärkung der Liquiditätsreserven, die in der letzten Zeit zur Überbrückung von Einnahmeausfällen überlebenswichtig wurden, stehen bei den Maßnahmen zur Anpassung der Finanzierungsstrategie mit 54 % an oberster Position. Dies zeigt, dass die Unternehmen in einem veränderten Umfeld agieren. Vorlieferanten räumen kürzere Zahlungsziele ein, immer häufiger geraten Kunden unter Zahlungsverzug. Nach den Erfahrungen in der Krise wollen sich die Firmen daher auch in Zukunft mit einem komfortableren Liquiditätspolster davor schützen, dass sie unerwartet in schwierigen Situationen geraten.

Abbildung 16

Gestärkt aus der Krise? Votum der Industrie im Herbst 2009 und das Wechselverhalten seit dem Frühjahr 2009



3.3 Gestärkt aus der Krise?

Aber nicht nur bei Sicherstellung der Liquidität, auch in puncto Finanzierung streben die Unternehmen eine Ausweitung ihrer Unabhängigkeit an. Die Banken werden vorerst und vermutlich auch auf absehbare Zeit nicht mehr in gleichem Ausmaß wie früher als Finanzierungspartner zur Verfügung stehen. Eine Ausweitung der Kreditfinanzierung als Variante der Außenfinanzierung wird daher nur von knapp jedem zehnten Unternehmen in den nächsten zwei Jahren angestrebt. Vielmehr ist eine Reduzierung der Abhängigkeit von einzelnen Hausbanken für einen Großteil der Unternehmen (42 %) das Ziel.

Folglich versuchen die Unternehmen, den mittel- bis längerfristigen Finanzbedarf vermehrt aus eigener Kraft zu stemmen: Vier von zehn Unternehmen mit strategischem Änderungsbedarf werden verstärkt auf den Cashflow zur Finanzierung von Investitionen setzen. Damit stärken sie gleichzeitig ihre Eigenkapitalbasis. Die Finanzstruktur durch eine Ausweitung der Innenfinanzierung auf einen stabileren Grund zu stellen, kann indes nur in einer mittel- bis langfristigen Perspektive realisiert werden. Umso wichtiger ist es daher, die Weichen im Unternehmen so zu stellen, dass möglichst rasch wieder ein befriedigendes Ertragsniveau erreicht wird. Nur so wird es gelingen, im Aufschwung ausreichende Mittel für die Selbstfinanzierung zu generieren und gleichzeitig Spielräume auch zur Fremdfinanzierung zu schaffen.

In der Außenfinanzierung selbst streben die Unternehmen eine weitere Diversifizierung

an. Der Verkauf von Forderungen, das sogenannte Factoring, spielt allerdings bei der Suche nach alternativen Finanzierungsformen nach wie vor in nur wenigen Unternehmen eine Rolle. Lediglich 6 % der Unternehmen, die nach eigenen Angaben in den nächsten zwei Jahren Anpassungen in ihrer Finanzierungsstrategie vornehmen möchten, geben an, diese Finanzierungsform in Zukunft verstärkt nutzen zu wollen. Kostengesichtspunkte sind hierbei sicherlich mitentscheidend. Zudem ist das Factoring nicht für alle Branchen geeignet. Das Leasing wird in fast jedem vierten Unternehmen als zunehmend wichtiges Element der zukünftigen Finanzierung genannt, nachdem es schon in den zurückliegenden Jahren ständig an Bedeutung gewonnen hat. Und auch die Inanspruchnahme öffentlicher Fördermittel wird in diesem Zuge verstärkten Einsatz finden.

Bedeutung einer offenen Finanzkommunikation wird unterschätzt

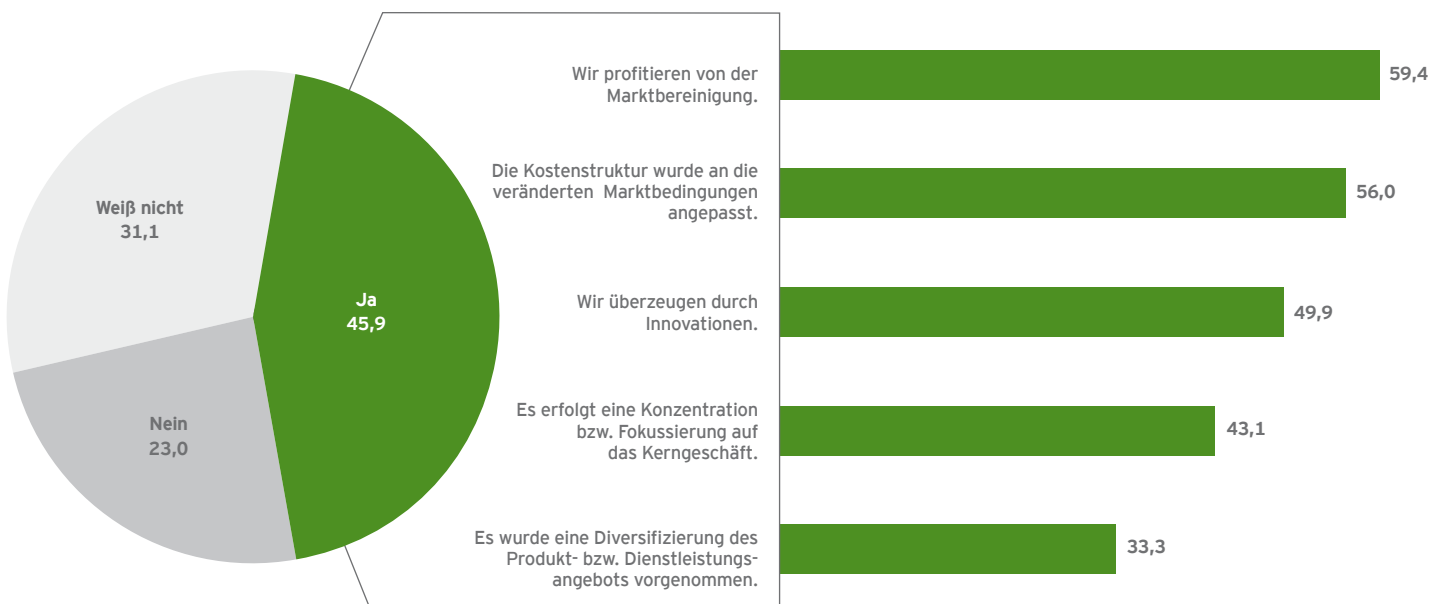
Bei der Gestaltung der Finanzstruktur eines Unternehmens, insbesondere bei Inanspruchnahme externer Finanzierungsquellen, ist eine offene, vorausschauende Finanzkommunikation von Bedeutung. In der Auseinandersetzung mit Banken oder anderen Finanzpartnern ist Transparenz – von beiden Seiten – eine entscheidende Voraussetzung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. In diesem Punkt geben allerdings nur 16 % der Unternehmen an, in den kommenden zwei Jahren Verbesserungen vornehmen zu wollen.

Diese Frage wurde bereits im Frühjahr 2009 im Rahmen des BDI-Mittelstandspanels thematisiert. Auf dem damaligen Höhepunkt des Abschwungs ließen die Angaben der Unternehmen nur einen Schluss zu: Die Unsicherheiten bei der Einschätzung der eigenen Zukunftsfähigkeit überwogen. Knapp 37 % der Unternehmen trauten sich zu diesem Zeitpunkt keine eindeutige Aussage über die Position des Unternehmens nach Beendigung der Krise zu, 25 % äußerten sich pessimistisch. Ein halbes Jahr später wurde die Frage noch einmal gestellt und es zeigt sich, dass die deutschen Industrieunternehmen zwischenzeitlich mit optimistischerem Blick in die Zukunft schauen (vgl. Abbildung 16).

Unsicherheit lässt nach, Optimismus nimmt zu

Zwischenzeitlich zeigen sich nur noch drei von zehn Unternehmen (31,1 %) unsicher über die eigene Lage. Zwar sind die vormalig unsicher in die Zukunft blickenden Unternehmen auch heute noch mehrheitlich im Unklaren über die eigene Position nach der Krise. Aber die Zahl der in das Lager der Optimisten gewechselten Unternehmen (+10,3 Punkte) übersteigt die Zahl derer, die nach unsicheren Aussichten im Frühjahr nun pessimistisch in die Zukunft blicken (+7,4 Punkte). Wurde bereits im Frühjahr positiv auf das Ende der Krise geblickt, blieb es überwiegend bei dieser Einschätzung. In der Gesamtschau stellen die Optimisten mit knapp 46 % nunmehr die mit Abstand größte Gruppe, nachdem die Wahrscheinlichkeit für ein Ende des Abschwungs steigt.

Wird Ihr Unternehmen gestärkt aus der Krise hervorgehen?



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.409 | Mehrfachnennungen, Basis: n = 658 (1.591 Antworten)

© IfM Bonn 2009

Bei Einteilung der Unternehmen nach dem Grad ihrer Exportorientierung zeigt sich jedoch der nachhaltige Effekt der Auftrags-einbrüche bei den stark vom Export abhängigen Unternehmen. Während der Anteil der positiv in die Zukunft Blickenden in dieser Gruppe konstant bei etwa 50 % blieb, also nicht zunahm, stieg der Anteil der Zukunftspessimisten deutlich, nämlich um fünf Prozentpunkte. Eine ähnliche, wenngleich noch deutlichere Entwicklung zeigt sich bei den rein auf den Binnenmarkt konzentrierten Unternehmen - ein weiteres Indiz für die sich manifestierenden Einbrüche im deutschen Markt. Bei den gering bis durchschnittlich exportorientierten Unternehmen, die an den Risiken und Chancen sowohl des Inlandsmarktes als auch der internationalen Märkte gleichermaßen partizipieren, weitete sich der Anteil der Optimisten um 13 Punkte auf 53 % aus. Die Zahl dieser Unternehmen, die negativ in die Zukunft blicken, reduzierte sich um neun Punkte. Das Fazit hieraus: Es sind Auslandsmärkte verloren gegangen, die zumindest kurzfristig nicht mehr zurückzuholen sind, was sich im Umkehrschluss auch auf den Inlandsmarkt nachhaltig auswirkt.

Unternehmen profitieren von Marktberreinigung und überzeugen durch Innovationen

In Ergänzung zu ihrer generellen Einschätzung über die Zukunftsfähigkeit des eigenen Unternehmens wurden die Gründe, auf deren Basis die Einschätzung getroffen wurde, erfasst. Dabei zeigt sich, dass die stattfindende Bereinigung der Märkte aus Sicht der optimistisch in die Zukunft blickenden Unternehmen ein Hauptgrund für ihre gestärkte Position nach der Krise ist; knapp 60 % geben an, hiervon zu profitieren (vgl. Abbildung 17). Ähnlich viele Unternehmen sind der Meinung, aufgrund der an die aktuellen Marktbedingungen angepassten Kostenstruktur gestärkt aus der Krise hervorgehen zu können. Aus Sicht jedes zweiten Unternehmens, das davon ausgeht, gestärkt aus der Krise hervorzugehen, sind Innovationen im Produkt- und Dienstleistungsportfolio der Schlüssel zum Erfolg. So hatten das Kosten- und das Innovationsmanagement auch in der Unternehmensführung der optimistischen Unternehmen deutlich häufiger an Bedeutung gewonnen, als dies in den Unternehmen mit negativen oder noch unsicheren Aussichten der Fall war.

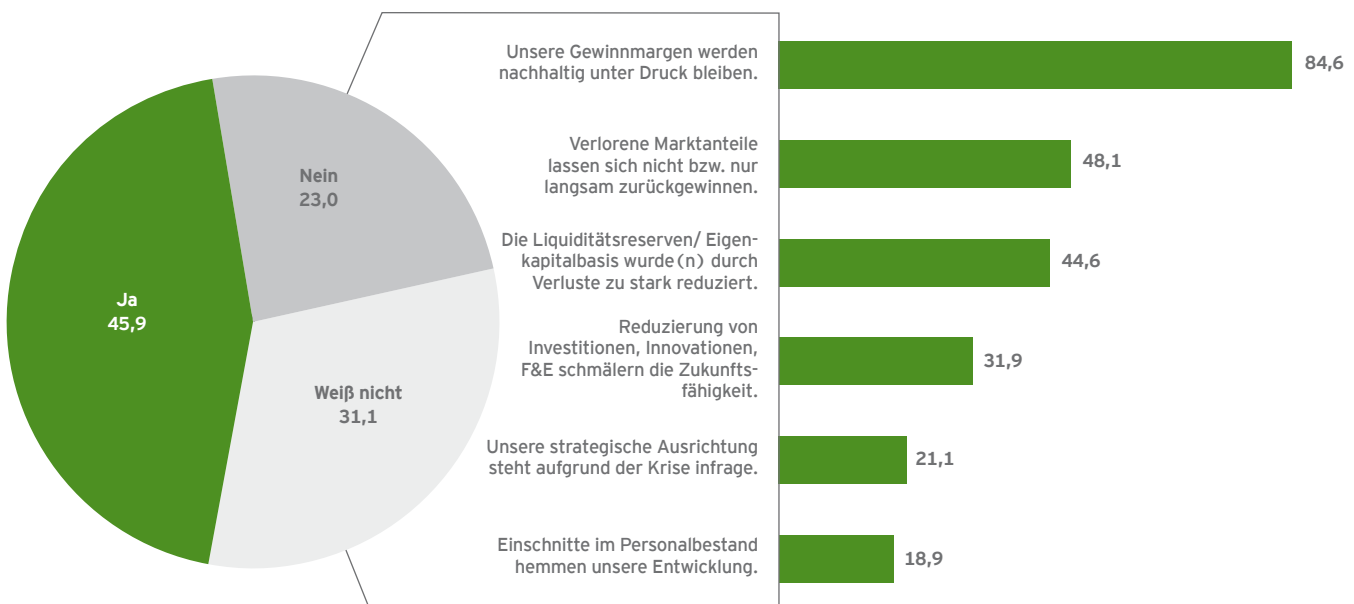
Ob eine Konzentration auf das Kerngeschäft oder eine Diversifizierung des Produkt-/

Dienstleistungsportfolios letztendlich zum Erfolg führt, hängt stark von der Branche und der eigenen Marktpositionierung ab. Innerhalb der Unternehmen des BDI-Mittelstandspanels ist eine Fokussierung auf das Kerngeschäft für 43 % einer der Schlüssel, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Eine breitere Aufstellung durch ein diversifiziertes Angebot scheint für ein Drittel der befragten Unternehmen der richtige Weg zu sein.

Gewinnmargen sind nachhaltig unter Druck

Spiegelbildlich zu den ausschlaggebenden Gründen für eine positive Einschätzung zur Marktpositionierung nach der Krise wurden auch die Unternehmen mit negativen oder noch offenen Aussichten nach ihren Beweggründen für die diesbezüglichen Antworten befragt. Mit deutlichem Abstand zeigt sich der nachhaltige Abwärtsdruck der Gewinnmargen als bedeutendster Einflussfaktor - mehr als vier von fünf der pessimistischen Unternehmen sehen sich hiervon betroffen (vgl. Abbildung 18). Zudem gibt fast jedes zweite Unternehmen dieses Kreises an, die im Zuge der Krise verloren gegangenen Marktanteile nicht wieder zurückzugewinnen zu können. Aufgrund des Nachfrageeinbruchs scheint es in einem

Wird Ihr Unternehmen gestärkt aus der Krise hervorgehen?



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.409 | Mehrfachnennungen, Basis: n = 693 (1.728 Antworten)

© IfM Bonn 2009

nicht unerheblichen Teil der Unternehmen zu Preisnachlässen im Kampf um Marktanteile gekommen zu sein. Da insgesamt nur eine langsame Aufwärtsentwicklung bei der Nachfrage erwartet wird, lassen sich die Margen nun nicht in gleichem Tempo und Ausmaß wieder nach oben anpassen.

Angegriffene Finanzreserven hemmen die Aussichten

Gut 44 % der pessimistischen bzw. im Votum noch nicht festgelegten Unternehmen begründen ihre Einschätzung u. a. mit den geschrumpften Liquiditätsreserven und der geschmäleren Eigenkapitalbasis. In drei von zehn Unternehmen bedeutet auch die notwendig gewordene Reduzierung von Investitionen, Innovationen und F&E-Anstrengungen ein Hemmnis für die Positionierung nach der Krise. Da die Reduktion der Kosten nicht mit dem rasanten Einbruch der Umsätze Schritt halten konnte, wurden die Reserven in der Konsequenz stark durch die laufenden Betriebskosten angegriffen. Dies erklärt die hohe Bedeutung der Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit als Maßnahme des Finanzmanagements und beeinträchtigt die Handlungsfähigkeit der Unternehmen im erwarteten Aufschwung.

Einschnitte im Personalbestand, die einen nachhaltig dämpfenden Einfluss auf die Zukunftsfähigkeit nach der Krise hätten, mussten jedoch nur in wenigen Unternehmen (18,9 %) vorgenommen werden. Auch die grundsätzliche strategische Ausrichtung wird nur von einem vergleichsweise geringen Anteil der Unternehmen mit pessimistischem oder noch unsicherem Blick in die Zukunft infrage gestellt (21,1 %).

Eine pessimistische oder von Unsicherheit bestimmte Zukunftserwartung ist jedoch nicht zwingend mit einer Gefährdung des Unternehmensbestands gleichzusetzen. Die betroffenen Unternehmen gaben in der Herbstbefragung des BDI-Mittelstandspanels auch Auskunft über den Gefährdungsgrad ihres Unternehmens.

Nur wenige Unternehmen sind existenziell gefährdet

Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse kann zunächst für den Großteil des industriellen Mittelstands Entwarnung gegeben werden. Über die Hälfte der Unternehmen (55 %), die nach eigenen Angaben geschwächt aus der Krise hervorgehen werden oder die zukünftige eigene Lage nicht abschätzen können, gehen nicht von einer

existenziellen Bedrohung des Unternehmens aus. Nur ein geringer Teil der besagten Unternehmen sieht den Fortbestand aktuell gefährdet. Auf die Gesamtheit der deutschen Industrie hochgerechnet, besteht nur für etwa jedes 25. Unternehmen eine Gefahr für den Weiterbestand. Allerdings sieht ein Drittel der Unternehmen, die sich negativ oder unentschieden über die eigene Situation nach der Krise äußerten, eine potenzielle Gefährdung für den (allerdings meist zunehmend unwahrscheinlichen) Fall, dass sich der Umsatz in den nächsten sechs Monaten nicht erholen sollte.

Dass nicht alle Unternehmen die Rezession in gleicher Weise spüren, liegt auf der Hand. Es gibt eine steigende Anzahl von Unternehmen im industriellen Mittelstand, die gestärkt aus der Krise hervorgehen. Sollten sich die vorsichtigen Erholungstendenzen in den nächsten Monaten verstetigen, wird sich die existenzielle Gefährdung in Grenzen halten. Da sich die Auftragseingänge nun den sechsten Monat in Folge positiv im Vergleich zum Vormonat entwickelt haben, wird die Auftragslage in den tendenziell eher schwachen Wintermonaten mitentscheidend für die weitere Entwicklung in der mittelständischen Industrie sein.



com.

map

workshop

cost
production

workshop

online

board

press

net

key

workshop



Anhang

Anmerkungen zu Zielgruppe und Methode

Die Grundgesamtheit des BDI-Mittelstandspanels setzt sich aus allen deutschen Industrieunternehmen der Wirtschaftsabschnitte „verarbeitendes Gewerbe“, „Baugewerbe“, „Energie- und Wasserversorgung“ sowie „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ zusammen. Bei der ersten Erhebung im Frühjahr 2005 beteiligten sich rund 2.600 Unternehmen aus einer repräsentativen Stichprobe der Grundgesamtheit an der Befragung. Diese Unternehmen wurden in den nachfolgenden Erhebungswellen regelmäßig befragt. Im Rahmen der Frühjahrserhebung 2008 wurden zusätzlich gut 14.000 Unternehmen zur Teilnahme aufgefordert. Der Einladung folgten rund 1.250 Unternehmen. Unter Berücksichtigung der laufend stattfindenden Adressbereinigung betrug die Bruttostichprobe der nunmehr zehnten Welle 3.681 Unternehmen. Von den angeschriebenen Unternehmen liegen auswertbare Rückläufe von 1.459 Unternehmen vor (Rücklaufquote ca. 39,6 %).

Die Gesamtzahl der deutschen Industrieunternehmen ist auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche und Beschäftigtengrößenklassen ungleich verteilt. Daher wurde die Bruttostichprobe des BDI-Mittelstandspanels umgekehrt proportional nach Beschäftigtengrößenklassen geschichtet, um sicherzustellen, dass in

den verschiedenen Unternehmensgrößenklassen - insbesondere in den oberen - ausreichend viele Antworten erzielt werden. Im Segment der Unternehmen mit 200 und mehr Mitarbeitern wurde eine Vollerhebung durchgeführt; in den Größenklassen bis 200 Mitarbeiter erfolgte eine Zufallsauswahl.

Um von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit schließen zu können, wurden die Befragungsergebnisse gewichtet bzw. hochgerechnet. Anhand der Schätzung der Unternehmensanzahl und der Beschäftigtenzahl deutscher Industrieunternehmen je Beschäftigtengrößenklasse gemäß amtlicher Statistiken wurde die Stichprobe nachträglich nach dem Verfahren „Soll durch Ist“ (SdI) der Grundgesamtheit angepasst.

Im Rahmen der Auffüllung der Stichprobe mit neuen Unternehmen im Frühjahr 2008 wurde die Konzeption der Hochrechnung ab der siebten Befragungswelle leicht modifiziert: Anstatt wie bislang quantitative Angaben mit drei verschiedenen Faktoren (Umsatz, Investitionen, Beschäftigte) hochzurechnen, werden nun alle quantitativen Größen ausschließlich anhand der Beschäftigungszahlen hochgerechnet. Dies führt dazu, dass die aktuell publizierten Ergebnisse nicht mehr zwingend mit denen früherer Publikationen vergleichbar sind.

**Der vorliegende Ergebnisbericht
steht als Download unter
www.bdi-panel.emnid.de zur
Verfügung.**

Bundesverband der
Deutschen Industrie (BDI) e. V.
www.bdi.eu

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
www.de.ey.com

IKB Deutsche Industriebank AG
www.ikb.de